

Beatrix Münzer-Glas/Arnd Kluge

Die Denkmäler der Stadt Hof

Mit einem Beitrag von Prof. Dr. Alf Mintzel.

Chronik der Stadt Hof, Band XI

Nordoberfränkischer Verein für Natur-, Geschichts- und Landeskunde

Hof 2017

3.6.11. Alf Mintzel: Über den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Der Hofer Streitfall „Dr.-Dietlein-Straße“ – Verlaufs- und Inhaltsanalysen

Zusammenfassung

Im Streit um den Straßennamen ging es nicht nur um die Verwicklung eines einstmals prominenten Hofer Bürgers und kirchlichen und städtischen Amtsträgers in die NS-Gewaltherrschaft, sondern weit darüber hinaus auch um die NS-Vergangenheit der Stadt Hof.¹⁰⁵⁰ Es handelte sich bei dem Für und Wider einer Umbenennung um einen „Stellvertreter-Krieg“ um die Deutungshoheit über die nationalsozialistische Stadtgeschichte, repräsentiert von der „Chronik der Stadt Hof“ aus den Jahren der NS-Zeit. Damit wurde zugleich der Charakter der Chronik als ein der geschichtswissenschaftlichen Methodik verpflichtetes Geschichtswerk zur Diskussion gestellt. Die Auseinandersetzungen zogen sich vom Mai 2012 bis zum Dezember 2013 hin. Sie wurden im Mai 2012 durch den Antrag des Stadtrates Thomas Etzel (Die Linke) ausgelöst, die 1964 zu Ehren des verstorbenen Stadtarchivars Dr. Ernst Dietlein benannte Straße umzubenennen. Der Antrag Etzels war am 28.6.2012 mit 36 zu 8 Stimmen abgelehnt worden. Der Streit endete im November/Dezember 2013 mit dem einstimmigen Beschluss des Hofer Stadtrates, die Dr.-Dietlein-Straße in Dr.-Bonhoeffer-Straße umzubenennen. Im vorliegenden Beitrag wird versucht, den zeitgeschichtlichen Kontext und den komplexen, vielstimmigen und zeitweise verworrenen Verlauf der oben benannten Auseinandersetzungen darzustellen und zu dokumentieren. Die Verlaufs- und Inhaltsanalysen fokussieren dabei besonders die Wechselbeziehungen zwischen Entscheidungsprozessen, Presseberichterstattung und Reaktionen auf die Berichte der Medien. Schließlich ist über den lokalen Streitfall hinaus zu fragen, ob und inwieweit es sinnvoll und praktikabel ist, mit dem direktdemokratischen Instrument des Bürgerentscheides, sei es über ein Bürgerbegehren, sei es über ein Ratsbegehren, Bürger über die Art und Weise lokaler Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit entscheiden zu lassen.¹⁰⁵¹ Die Analysen sollen selbst einen Beitrag zur Aufarbeitung der Hofer NS-Zeit leisten.

¹⁰⁵⁰ Der Oberbürgermeister der Stadt Hof, Dr. Harald Fichter (CSU), erklärte am Ende der Auseinandersetzungen zum gemeinsamen Beschluss der Stadträte am 29.11.2013, die Dr.-Dietlein-Straße in Dr.-Bonhoeffer-Straße umzubenennen: Es gehe nicht mehr darum, das Leben und Wirken des früheren Pfarrers und Stadtarchivars zu bewerten, sondern darum, den Stadtfrieden wieder herzustellen und mit der Aufarbeitung der NS-Zeit fortzufahren. Frankenpost vom 30.11.2013, Lokalteil, S. 7.

¹⁰⁵¹ Gemäß der Bayerischen Gemeindeordnung kann ein Bürgerentscheid auf zweierlei Weise ins Rollen gebracht werden, über ein Bürgerbegehren und über ein Ratsbegehren. Beide Verfahrensweisen wurden im Falle des Hofer Streites über die Beibehaltung oder Umbenennung der Dr.-Dietlein-Straße angestrebt. Das Bürgerbegehren muss von Bürgern aus der wahlberechtigten Einwohnerschaft bei der Gemeinde eingereicht werden und eine mit „Ja“ oder „Nein“ zu entscheidende Fragestellung sowie eine Begründung enthalten. Das Bürgerbegehren muss je nach Gemeindegröße von mindestens 3 % bis 10 % der Gemeindebürger unterschrieben sein (Antragsquorum), im Falle der Stadt Hof wären es 7 %. Bestehen gegen das Bürgerbegehren keine rechtlichen Bedenken, muss nach Feststellung der Zulässigkeit ein Bürgerentscheid durchgeführt werden. Bei einem Bürgerentscheid ist die gestellte Frage in dem Sinne entschieden, in dem sie von der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beantwortet wurde. Diese Mehrheit (Mehrheitsquorum) muss in Gemeinden bis zu 50.000 Einwohnern mindestens 20% der wahlberechtigten Gemeindeangehörigen betragen. Im Unterschied zum Bürgerbegehren kann ein Bürgerentscheid auch über ein Ratsbegehren herbeigeführt werden. Der Gemeinderat oder Stadtrat kann mit Mehrheitsbeschluss einen Bürgerentscheid anstoßen und die wahlberechtigte Bürgerschaft über eine Fragestellung entscheiden lassen. Im Unterschied zum Bürgerbegehren braucht ein Ratsbegehren nicht von einer bestimmten Prozentzahl

I. Einleitung

I.1 Aus Hofs „geschichtsloser Zeit“

Auf dem amtlichen „Stadtportal – Hof in Bayern ganz oben – Hof/Saale“ stellt die Stadt tabellarisch ihre Geschichte dar, von der ersten Dorfsiedlung um das Jahr 1080 bis 1931. Dann folgt eine „geschichtslose Zeit“, die erst am 14. Februar 1945 endet. Die Hofer Stadtgeschichte beginnt erst wieder an diesem Februartag, an dem ein „Fliegerangriff auf die Leimitzer Straße und Poststraße“ stattfand. Ein zweiter Fliegerangriff folgte am 8. April 1945. Dann marschieren am 15. April 1945 die Amerikaner ein und besetzen Hof. Zwischen dem Jahr 1931, in dem „das neue Stadt Krankenhaus (...) eingeweiht (wird)“, und dem ersten Luftangriff hat sich laut Stadtportal nichts ereignet. Das Ende der Weimarer Republik und die NS-Diktatur hat es in Hof nicht gegeben. Sie haben auch nach 1945 kaum Spuren hinterlassen – so sieht es die amtliche Chronik im digitalen Stadtportal. Diese Geschichtsvergessenheit scheint symptomatisch zu sein.

In dieser „geschichtslosen Zeit“ Hofs beauftragte der nationalsozialistische Stadtrat Hofs den evangelisch-lutherischen Pfarrer und Gymnasiallehrer Dr.-Dietlein mit der Konzeption und Abfassung einer „Chronik der Stadt Hof“. Dietlein, ein begeisterter Nationalsozialist und politisch-ideologischer Agitator der NS-Diktatur, machte sich an die Arbeit, entwickelte ein Konzept und verfasste in den Jahren 1936 bis 1942 vier Bände der Chronik, die vom NS-Oberbürgermeister herausgegeben wurden.

I.2 Das Versäumnis von 1964

Am 20. Dezember 1963 wurde in Frankfurt am Main vor dem Schwurgericht der erste Auschwitz-Prozess eröffnet. Er endete nach 183 Verhandlungstagen am 28. August 1965. Der Prozess gegen 22 Angeklagte, die dem Wachpersonal im Lager Auschwitz-Birkenau angehört hatten, war von dem hessischen Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer in Gang gesetzt worden. Bauer leitete das Verfahren bis zum Ende des Prozesses. Der Auschwitz-Prozess erregte von Anfang an große öffentliche Aufmerksamkeit. Von den einen wurde er als längst fällige weitere „Vergangenheitsbewältigung“ angesehen, von anderen als unnötiges und überflüssiges Aufwühlen der NS-Vergangenheit. Vielstimmig wurde erneut gefordert: Schluss machen!¹⁰⁵² Dieser größte öffentlichkeitswirksamste und bedeutendste Prozess gegen NS-Verbrecher war politisch folgenreich.¹⁰⁵³ „Die 1950er Jahre waren im Vergleich zur unmittelbaren Nachkriegszeit und zu den 1970er und 1980er Jahren, was die NS-Vergangenheit angeht, eine Ära konservativer Zurückhaltung“ gewesen.¹⁰⁵⁴ Mit dem Auschwitz-Prozess wurden nicht nur 22 Angeklagte ihrer Verbrechen überführt und verurteilt, sondern zugleich die NS-Zeit im Verhältnis zur

der wahlberechtigten Gemeindebürger unterschrieben zu sein, es genügt der Mehrheitsbeschluss des Gemeinde- oder Stadtrats. In allen anderen Bestimmungen ist das Verfahren identisch. Im Falle eines durch Ratsbegehren herbeigeführten Bürgerentscheids handelt es sich folglich um eine Art „von oben initiiertes“ Bürgerentscheid. Siehe „Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in der Gemeinde; Durchführung“ (<https://www.freistaat.bayern/dokumente/leistungen/34664324505> (8.11.2016); in Bezug auf Ratsbegehren: [http://www.augsburgwiki.de/index.php/AugsburgWiki/Ratsb ...](http://www.augsburgwiki.de/index.php/AugsburgWiki/Ratsb...) (8.11.2016).

¹⁰⁵² Pendas, Auschwitz-Prozess, S. 272.

¹⁰⁵³ Ebenda, S. 9, 11.

¹⁰⁵⁴ Hermann Lübke, 1983, zitiert nach Pendas Auschwitz-Prozess, S. 342, Anmerkungen 77 und 79.

(damaligen) Gegenwart verhandelt.¹⁰⁵⁵ Es ging um den Umgang der westdeutschen Gesellschaft und ihrer Funktionseleiten mit der NS-Vergangenheit.¹⁰⁵⁶ Diese Sensibilisierung fand in der Zeit des Auschwitz-Prozesses anscheinend in der Hofer Stadtgesellschaft noch nicht statt.

Am 78. Verhandlungstag des Auschwitz-Prozesses, am 17. August 1964 verhandelte der Hofer Stadtrat in seiner Sitzung unter der laufenden Nr. 5307 den Punkt „Straßenbenennung“. Dem Stadtrat war eine Vorlage zur Hand gegeben worden, die zuvor schon im Bauausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss beraten und positiv beschieden worden war. Das Stadtarchiv schlug vor, „für die 280m lange Verbindungsstraße zwischen Enoch-Widmann-Straße und Wirthstraße die Bezeichnung Dr.-Dietlein-Straße“ zu beschließen. Leiter des Stadtarchivs war damals Fred Händel. Obwohl er nicht als Autor der Vorlage unterzeichnet hatte, dürfen wir annehmen, dass er es war, der die Vorlage formuliert und den Vorschlag eingebracht hatte.

Die Vorlage enthielt die wichtigsten Lebensdaten Dr. Ernst Dietleins, seinen akademischen Werdegang und zur Begründung des Vorschlages Ausführungen zu dessen „besonderen Verdienste[n]“: „Besondere Verdienste erwarb sich Dr. Dietlein um die Verwaltung der hiesigen Archive. Mit Stadtratsbeschluß vom 6. Oktober 1931 wurde Dr. Dietlein die fachmännische Ordnung und Verwaltung des Stadtarchivs Hof übertragen. Im Jahre 1936 begann Dr. Dietlein mit der Herausgabe der Chronik der Stadt Hof, von welcher zu seinen Lebzeiten die Bände I, II, III und VIII erschienen. Der ebenfalls von ihm verfaßte Bd. IV »Kirchengeschichte« konnte erst nach seinem Tode erscheinen. Ferner veröffentlichte Dr. Dietlein die Broschüre »Träumereien und Plaudereien aus Alt-Hof« und zahlreiche heimatgeschichtliche Abhandlungen in Zeitschriften und Tageszeitungen. Dr. Dietlein starb am 7. Januar 1954 an den Folgen einer Blinddarmentzündung. Sein Todestag jährt sich heuer zum zehnten Male.“¹⁰⁵⁷

Die Vorlage des Stadtarchivs war ein Dokument der „geschichtslosen Zeit“ Hofs. Der Vorschlag aus dem Stadtarchiv war inhaltlich so formuliert, als hätte es keine NS-Zeit gegeben, als wären prominente Hofer nicht individuell in das NS-Regime verwickelt gewesen, als sei aus der „Chronik der Stadt Hof“ eine „rein sachliche“, der historiografischen Methodik verpflichtete Stadtgeschichte geworden, als sei ihr Verfasser, Dr. Ernst Dietlein, ein politisch völlig unbeschriebenes Blatt gewesen. Die geistige Simplizität und Harmlosigkeit des Plädoyers, Dr. Dietlein zum Namensgeber einer Straße zu machen, verriet gerade vor dem Hintergrund des laufenden Auschwitz-Prozesses ein zeittypisches Verhältnis zur NS-Vergangenheit. Statt sensibilisiert das politische Wirken des ehemaligen Stadtarchivars zu prüfen, sahen der amtierende Nachfolger und die Stadtratsmitglieder darüber hinweg. Keiner machte sich die Mühe, sich mit dem braunen Geist in den Bänden der Stadtchronik zu befassen. Einige mussten Dietleins politisches Wirken noch gut gekannt haben, doch keiner trug Einwände vor, keiner äußerte Bedenken. Die Ehrwürdigkeit Dietleins stand offenbar außer Frage. Ob es sich um einen Akt bewussten Verdrängens und Exkulpierens handelte oder um einen reflexionsarmen Handlungsmodus, muss dahin gestellt bleiben. In der Vorlage war nicht die geringste Andeutung eines „politischen Problems“ zu erkennen. Die NS-Geschichte der Stadt Hof

¹⁰⁵⁵ Pendas, Auschwitz-Prozess, S. 269.

¹⁰⁵⁶ Benz, Entnazifizierung, S. 111–123; Atze, Front, S. 637–647.

¹⁰⁵⁷ 103. Vollsitzung des Stadtrats Hof vom 17. August 1964, Nr. 507, Straßenbenennung (Stadtarchiv Hof, BM 218).

und mögliche oder tatsächliche Verstrickungen von Bürgern wurden völlig ausgeblendet. Achtundzwanzig Mitglieder des Stadtrates, darunter auch alle SPD-Mitglieder, stimmten dem Vorschlag zu. Am 17. August 1964 wurde der überzeugte Nationalsozialist und Antisemit Dr. Dietlein zum Namenspatron einer Hofer Straße erhoben.

Zu Recht wurde folglich in den Jahren 2012/13 im erbitterten Streit über die Dr.-Dietlein-Straße auf das Versäumnis hingewiesen. Die einen waren trotz des Versäumnisses dafür, es bei der alten Fehlentscheidung zu belassen, andere plädierten für eine Korrektur und damit für eine Umbenennung. Das „kleine Licht“ Dietlein kenne ohnehin keiner (mehr). Stadtrat Thomas Etzel (Die Linke), der 2012 den Antrag auf Umbenennung gestellt hatte, beharrte jedoch darauf, die Fehlentscheidung von 1964 im Sinne der Vergangenheitsbewältigung zu korrigieren. Schon damals sei bekannt gewesen, dass Dietlein in der Chronik die Stadt Hof „als starkes nationalsozialistisches Bollwerk“ gepriesen habe.¹⁰⁵⁸ Er forderte: „Die Stadt muss sich um ihre politische und historische Hygiene kümmern.“¹⁰⁵⁹ Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner wich den Fragen nach dem Versäumnis von 1964 aus: „Wir sind nicht der späte Richter über eine Entscheidung unserer Vorgänger – aus einer Zeit, in der Dietlein vielen Stadträten noch persönlich bekannt war.“¹⁰⁶⁰ Die Frage nach dem historischen Kontext, in dem die Vorgänger für die Ehrung Dietleins mit einem Straßennamen gestimmt hatten, stellte er erst gar nicht. Für Fichtner hatte die Entscheidung des Jahres 1964, sei es auch eine fragwürdige gewesen, anscheinend weiterhin Bestand. Eine Revision hielt er zu diesem Zeitpunkt nicht für nötig.

Die politischen Versäumnisse lassen sich, genau genommen, bis in die Nachkriegszeit zurückverfolgen. Wer sich mit den Inhalten der Chronikbände, genauer gesagt, mit den dort schriftlich fixierten politischen Bekenntnissen Dietleins befasst hatte, dem konnte nicht entgangen sein, dass der ehemalige Stadtarchivar „seine“ Chronik der Stadt Hof in den Dienst der nationalsozialistischen Ideologie und Propaganda gestellt und darin die Macht- und Eroberungspolitik des NS-Regimes begrüßt hatte.¹⁰⁶¹ Der frühere Oberbürgermeister der Stadt Hof, Hans Högn (SPD, 1950-1970) hatte 1955 in seinem Geleitwort zum Chronikband IV erklärt: „Der Name des Herrn Stadtarchivars Dr. Dietlein [...] wird für immer mit der »Chronik der Stadt Hof« verbunden bleiben. Die Person des Herrn Oberstudiendirektors a.D. Dr. Friedrich Ebert verbürgt uns, dass das Werk im alten Sinne [!] fortgeführt wird.“¹⁰⁶² Im alten Sinne? Högn hatte schon 1955 in seinem Geleitwort Stadtarchivar Dietlein „rehabilitiert“ und einen Geist heraufbeschworen, der obsolet geworden war. Viele Stadträte, die Dietlein 1964 mit einem Straßennamen geehrt hatten, hatten ihn wahrscheinlich noch persönlich gekannt, aber in der Zeit des Verschweigens und Schweigens, des Wegschauens und Verdrängens ohne Skrupel zugestimmt. Neunundfünfzig Jahre später war für den Amtsträger Fichtner der braune Geist in den von Dietlein verfassten Chronikbänden und dessen Wirken als NS-Agitator ebenfalls kein Grund, sich damit inhaltlich und substanziell zu befassen. Als er in den Debatten des Jahres 2013 aufgefordert wurde, die Vorwürfe gegen Dietlein zu belegen, antwortete er: „Historische Beweise kann ich Ihnen nicht liefern“¹⁰⁶³

¹⁰⁵⁸ Frankenpost vom 29.6.2013.

¹⁰⁵⁹ Ebenda.

¹⁰⁶⁰ Ebenda.

¹⁰⁶¹ Kluge, Beziehungen, S. 172; Kluge, Archiv, S. 396f; Mintzel, Kunst, Band II, S. 452ff, 472, 622ff; Mintzel, Hofer, S. 171ff.

¹⁰⁶² Mintzel, Hofer, S. 191.

¹⁰⁶³ Frankenpost vom 16.11.2013.

Dietleins Wirken als Stadtarchivar war noch unter anderen beruflichen Gesichtspunkten fraglich. Gerüchte wollen nicht verstummen, er habe am Kriegsende im Stadtarchiv belastende Dokumente entfernt oder zumindest an einigen manipuliert.¹⁰⁶⁴ Allerdings war er auch insofern kein Einzelfall. Archivare anderer städtischer und staatlicher Archive waren ebenfalls in den Nationalsozialismus verstrickt.¹⁰⁶⁵ Der Archivberuf war kein ideologiefreies Berufsfeld. Die Blut- und Bodenpolitik hatte den Archiven bis 1933 nicht gekannte Aufgaben zugewiesen: Sie waren mit Auskünften an der Einziehung des Vermögens rassisch, religiös und politisch Verfolgter beteiligt, sie halfen eine „rein arische Abstammung“ nachzuweisen und wirkten direkt oder indirekt bei der „Arisierung“ jüdischen Eigentums mit.¹⁰⁶⁶ Das kulturelle Gedächtnis wurde braun eingefärbt, und nach Kriegsende wurden da und dort Spuren verwischt. Auch in dieser Hinsicht gibt es in Hof noch reichlich Forschungsbedarf.

I.3 Zur Person des Namensgebers Dr. Ernst Dietlein

In der Person Dr. Ernst Dietlein waren zu dessen Lebzeiten insbesondere drei Rollen vereinigt, die dem Streitfall eine dreifache Bedeutung gaben: Die Rolle als Theologe, Pfarrer und Religionslehrer der evangelisch-lutherischen Kirche, die Rolle als bestallter Stadtarchivar und die Rolle als Bürger der Stadt Hof. In allen drei Rollen war er als Sympathisant der nationalsozialistischen Bewegung, als NSDAP-Mitglied und politischer Agitator mit dem nationalsozialistischen Regime verwickelt gewesen, besonders aber in seiner Funktion als Stadtarchivar. Diese mehrfachen Verwicklungen gaben nach ihrer historiografischen Aufdeckung eine besondere Brisanz. Der Stadtrat hatte nun erneut über eine Amtsperson zu befinden, die viele Jahre für das städtische Archivwesen zuständig gewesen war. Dietlein hatte einer „ehrwürdigen“ Institution der Stadt vorgestanden. Die evangelisch-lutherische Kirche war in den Fall direkt insofern verwickelt, als Dietlein beruflich einer ihrer Amtsträger gewesen war und zur NS-Zeit im kirchenpolitischen Streit um die „Deutschen Christen“ eine wichtige Rolle gespielt hatte. Er hatte sich, was 2013 von seinen Verteidigern zu seiner Entlastung ins Feld geführt wurde, gegen die Kirchenpolitik des NS-Regimes gestellt und zur „Bekennenden Kirche“ gehalten.¹⁰⁶⁷

I.4 Die Stadtchronik im Dienste der NS-Volkserziehung und Volksbildung

„Die bleibenden Verdienste“ des ehemaligen Stadtarchivars Dr. Dietlein wurden in Hof darin gesehen, in den 1930er und 1940er Jahren, die „Chronik der Stadt Hof“ konzipiert, erarbeitet und die ersten Bände der Chronik verfasst zu haben. Dietlein hatte die Chronik auf zwölf Bände zu verschiedenen Gebieten der Stadtgeschichte angelegt. Dies sei die Leistung gewesen, derentwegen er nach seinem Tode zu Recht mit der Benennung einer Hofer Straße nach seinem Namen geehrt worden sei. Die Chronik atme patriotischen Geist und sei von tiefer Heimatliebe beseelt, so lauteten die Hauptargumente seiner Verteidiger. Sie wollten nicht wahrhaben, wie viel NS-Ideologie Dietlein die Feder geführt hatte. Das sei ein Tribut gewesen, den er an die NS-Macht zu zahlen hatte. Doch was

¹⁰⁶⁴ Israelitische Kultusgemeinde Hof. Dr. Jakob Gonczarowski sowie der gesamte Vorstand. Offener Brief an den Oberbürgermeister und Stadtrat der Stadt Hof. (Veröffentlicht mit freundlicher Genehmigung von Gonczarowski, Hof, 16.10.2013.)

¹⁰⁶⁵ Kluge, Archiv, S. 396f.

¹⁰⁶⁶ Kratzer, Gedächtnis.

¹⁰⁶⁷ Mintzel, Hofer, S. 192.

war Dietleins Konzept für die Stadtchronik? Welches waren seine Leitlinien? Welchen Zweck hatte er mit seinem „Lebenswerk“ verfolgt?

Die Antwort gab Dietlein in den von ihm verfassten Bänden klar und eindeutig selbst. Wie schon an anderer Stelle ausführlich behandelt und gut belegt, stellte der Stadtarchivar seine Chronik bekenntnishaft in den Dienst der nationalsozialistischen Volkserziehung und Volksbildung. Wie die folgenden Zitate aus seinen Vorworten beweisen, waren Konzeption, Leitlinien und Zweck kräftig braun eingefärbt. Er legte unmissverständlich dar, wie er „seine“ Chronik verstand und verstanden haben wollte.¹⁰⁶⁸

Aus seinem Vorwort zur Chronik I, 1937, S. XII: „Unsere Heimatstadt kann sich rühmen, an der Begründung des Reiches Hitlers tätigsten Anteil genommen zu haben. Aus der roten Hochburg ward ein starkes, unerschütterliches nationalsozialistisches Bollwerk.“

Aus seinem Vorwort zur Chronik II, 1939, Weihnachten 1938 geschrieben, S. Xf: „Die vorliegende Arbeit will für das Großdeutschland Adolf Hitlers gewertet sein nach dem Worte des Generalfeldmarschalls von Mackensen: »Heimatkunde ist eine Zelle der Vaterlandsiebe und damit Dienst am Vaterlande«.“

Aus seinem Vorwort zur Chronik III, 1941, Weihnachten 1941 geschrieben, S.VI: „Wenn die Freunde der Heimatgeschichte mit der gleichen Freudigkeit und Liebe in diesen Band sich vertiefen, mit welcher ihn der Verfasser zusammenstellte, so wird er an seinem Teil dem letzten Hochziel der Chronik entgegen führen: der Stärkung der Liebe zur engeren Heimat und damit zu unserem großen, heißumkämpften und, so Gott will, bald siegreichen deutschen Vaterlande und seinem großen Führer.“

Im Kontext mit Passagen aus den Inhalten der Chronikbände ergibt sich daraus: Es handelte sich nicht um formale Lippenbekenntnisse des Autors, nicht um einen unumgänglichen Kotau.

In neueren empirischen Untersuchungen seines politischen Wirkens war detailliert und unwiderlegbar nachgewiesen worden, dass Dietlein kein nur nominelles, wenig engagiertes Mitglied der NSDAP gewesen war, sondern ein politischer Agitator und Propagandist an der „Heimatfront“. Er war, wie er selbst bekundet hatte, ein begeisterter Nationalsozialist gewesen, der in Wort und Schrift dem NS-Regime gedient hatte.

I.5 Ein Streitfall unter vielen

Der Hofer Konflikt um die Dr.-Dietlein-Straße war weder ein singulärer, noch unter den vielen Streitfällen ein Sonderfall. Er gehörte zur Welle von Streitfällen, die um die Jahrhundertwende 1999/2000 einsetzte und dann im Zuge der Auseinandersetzungen mit der NS-Zeit answoll. Zahlreiche Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland waren aus unterschiedlichen Gründen mit dem Problem einer Umbenennung von Straßen konfrontiert. Es ging dabei übrigens nicht nur um NS-belastete Namen, sondern auch um andere Gründe, etwa um die Berücksichtigung von Frauen und um prominente historische Persönlichkeiten. Der Hofer Fall zählte zu den häufigen Fällen, die ihren Grund in Verstrickungen der Namensträger mit dem NS-Regime hatten.¹⁰⁶⁹ Zu dieser Kategorie gehörte in Bayern zum Beispiel der Streit um die „Hans-Meiser-Straßen“ in München, Nürnberg und Bayreuth. Der ehemalige Landesbischof der evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern, Hans Meiser, war wegen seiner antisemitischen und NS-freundlichen Haltung während der NS-Zeit als Namensgeber für Straßen als unwürdig befunden worden. Sein

¹⁰⁶⁸ Mintzel, Hofer, S. 190ff.

¹⁰⁶⁹ Süddeutsche Zeitung vom 7.2.2014, S. V8; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.11.2008, S. 35.

Name war den umstrittenen Umbenennungen anheimgefallen. In Passau schwelt noch immer der nicht entschiedene Streitfall der Max-Matheis-Straße, der in vieler Hinsicht dem Hofer Fall ähnelt. Dem niederbayerischen Lehrer und Mundart-Dichter Max Matheis (1894–1984) wird vorgeworfen, sich als Lehrer und Schriftsteller dem NS-Regime angedient zu haben. Matheis: „So rief uns Gott mit Hitlers Stimme“.¹⁰⁷⁰

Bei diesen Auseinandersetzungen um Umbenennungen waren die Argumente für ein Pro oder Contra inhaltlich und in ihrer Struktur ähnlich, und sie sind es noch. Typisch waren die Forderungen, mit der Vergangenheitsbewältigung endlich Schluss zu machen, dafür kein Geld auszugeben, sich gewichtigeren Problemen des Gemeinwesens zuzuwenden und es deshalb bei den umstrittenen Straßennamen zu belassen. „Die Namen kennt doch sowieso keiner mehr!“ war ein oft geäußerter Einwand gegen die angeblich sinnlosen Streitigkeiten. Umgekehrt mahnten die Befürworter einer Umbenennung an, sich mit der NS-Vergangenheit gründlich auseinander zu setzen. Unwissenheit und Desinteresse dürften nicht zu Maßstäben für Entscheidungen werden. Es ginge auch darum, neonazistischen Umtrieben Paroli zu bieten. Die Verfahren für eine Umbenennung gleichen sich darin, dass sie sich bei ihrem Gang durch zuständige und beratende Instanzen über längere Zeit hinstrecken. Auch in dieser Hinsicht war der Hofer Streitfall kein Sonderfall, obschon er durch häufig wechselnde und widersprüchliche Einwände auffiel und sich durch mehrere nicht eingehaltene, beziehungsweise nicht einhaltbare Fristsetzungen in die Länge zog. Die Behauptung von Kritikern, er sei ein Alleinstellungsfall, traf nicht zu.

In der Hofer Geschichtsschreibung war zum Thema und zur Problematik „Nazifizierung und Entnazifizierung am Beispiel der Straßennamen in Hof“ 1999 ein Artikel aus der Feder von Daniela Herrmann erschienen, in dem die „Dr.-Dietlein-Straße“ zwar genannt, aber die schwerwiegende nationalsozialistische Vergangenheit des Namensgebers offenbar noch nicht „entdeckt“ und behandelt worden war.¹⁰⁷¹

I.6 Dr. Dietlein und die „Kultur des Vergessens“

Es war Ernst Dietlein selbst, der sich als Stadtarchivar und Heimaterzähler nicht zuletzt im eigenen Interesse um das „Vergessen“ kümmerte. In seinem in der Jubiläumsausgabe des Hofer Anzeiger an Pfingsten 1951 publizierten Artikel über die Geschichte Hofes von 1801 bis 1951 hatte er die NS-Zeit Hofes weitgehend ausgespart.¹⁰⁷² Mit diesem Beitrag zum 150jährigen Bestehen des Hofer Anzeigers war Dietlein wieder als Stadtgeschichtsschreiber in die öffentliche Arena zurückgekehrt. In seinem zweiseitigen Beitrag kamen Stichwörter wie „Nationalsozialismus“, „Drittes Reich“, „NS-Diktatur“, „Arisierung“, „bedingungslose Kapitulation“, „Befreiung“ und andere markante Begriffe der NS-Zeit und der Nachkriegszeit nicht vor. Als hätte es die NS-Zeit nicht gegeben. Sein Artikel hätte unter dem Motto erscheinen können: „Lasst uns die NS-Zeit ein für alle Male vergessen! Rührt nicht mehr daran!“ Es war wie Hohn auf seinen Beruf, als wieder eingesetzter Stadtarchivar die NS-Geschichte möglichst in Vergessenheit zu bringen. Er war von der Rolle des ideologischen Kämpfers an der „Heimatfront“ in die nachkriegsdeutsche Musterrolle des Verdrängens, Wegsehens und Vergessens übergewechselt. Er verlor kein einziges Wort über die verfolgte jüdische Gemeinde in Hof. Mit keinem Satz erwähnte er die NS-Pogromaktion vom 9. November 1938. Als hätte es

¹⁰⁷⁰ Göttler, Heimatdichter, S. 321-353; Göttler, Matheis.

¹⁰⁷¹ Herrmann, Nazifizierung, S. 115.

¹⁰⁷² Mintzel, Hofer, S. 194f.

niemals eine jüdische Gemeinde gegeben, als hätten die Ausschreitungen nicht stattgefunden, als hätte es in Hof keine organisierte und zumindest passiv unterstützte Vernichtung jüdischen Lebens und Eigentums gegeben. Im Jahr 1964 hatte der damalige mehrheitlich von der SPD geführte Stadtrat bei der Begründung der Namensgebung über die „geschichtslose Zeit“ über Dietleins Berufsleben hinweggesehen, im Jahr 2013 war es der mehrheitlich CSU-geführte Stadtrat, der Dietlein gern als exkulpiertes Opfer der dunklen Nazi-Zeit gesehen hätte und für eine Beibehaltung des Straßennamens plädierte. „Die Blinden“ des Jahres 2013 beriefen sich auf „die Blinden“ von 1964. Erstere weigerten sich zunächst, wie Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner leichtfertig sagte, „späte Richter über eine Entscheidung unserer Vorgänger“ zu sein.¹⁰⁷³ Eine Mehrheit im Stadtrat glaubte anscheinend, die NS-Vergangenheit Dietleins damit bewältigt zu haben. Es fehle jetzt an den Straßenschildern nur noch eine Info-Tafel, die über Dietleins Verdienste und Verirrungen Auskunft gibt, dann könne dieses Kapitel der Vergangenheitsbewältigung abgeschlossen werden. Nur acht Mitglieder des Stadtrats stimmten dagegen.

I.7 Gesamtverlauf des Streites 2012/2013. Ein Überblick

Die Auseinandersetzungen über das Pro und Contra einer Umbenennung der Dr.-Dietlein-Straße und die Beschlüsse in dieser Streitsache zogen sich über gut eineinhalb Jahre hin. Sie dauerten vom Mai 2012 bis zum Dezember 2013 und erfuhren mindestens drei Wendungen von einem beschlossenen Contra zu einem Pro. Fünfmal wurden Beschlüsse bzw. Terminsetzungen aufgeschoben. Es dürfte sich um einen der längsten und widersprüchlichsten Streitfälle in der Geschichte des Hofer Stadtparlaments nach 1945 gehandelt haben. Die Kehrtwenden in Beschlussfassungen wurden jedes Mal quasi „von außen“ herbeigeführt, einmal sogar förmlich durch einen Antrag in der Bürgerversammlung erzwungen. Im zeitlichen Ablauf gab es zwei große Phasen: die Auseinandersetzungen und Beschlüsse des Jahres 2012 und die des Jahres 2013. Die erste Phase begann Ende April/Anfang Mai 2012 mit der Antragstellung des Stadtrates Thomas Etzel und endete im Oktober 2012 mit dem Mehrheitsbeschluss der Bürgerversammlung, die vorgeschlagene Ablehnung des Antrages auf Umbenennung zu überprüfen und zu revidieren. Die zweite große Phase begann im Juni 2013 mit dem Beschluss des Stadtrates, den Namen Dr.-Dietlein-Straße beizubehalten und ging im Dezember 2013 mit dem Beschluss zu Ende, die Dr.-Dietlein-Straße in Dr.-Bonhoeffer-Straße umzubenennen. In beiden Phasen löste die Berichterstattung der Printmedien und des Rundfunks in der Öffentlichkeit lautstarke „Resonanzwellen“ aus, wobei die Kontroversen in der zweiten Phase mehrere Höhepunkte erlebten. Die vorliegende Verlaufs- und Inhaltsanalyse setzt deshalb ihren Schwerpunkt auf die zweite Phase. Zum Verlauf der ersten Phase seien zunächst lediglich die wichtigsten Ereignisse festgehalten:

30.4.2012: Antrag des Stadtrates Thomas Etzel (Die Linke), die Dr.-Dietlein-Straße wegen der erwiesenen NS-Vergangenheit des ehemaligen Hofer Stadtarchivars umzubenennen.

1.10.2012: Mit breiter Mehrheit lehnt der Haupt- und Finanzausschuss des Stadtrates in nicht öffentlicher Sitzung den Antrag von Etzel ab. Das Hauptargument gegen eine Umbenennung führt Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner (CSU) an: Im Jahr 1964 habe der Stadtrat, in dem die SPD die absolute Mehrheit hatte, einstimmig beschlossen, den

¹⁰⁷³ Frankenpost vom 29.6.2013.

verstorbenen Stadtarchivar Dr. Ernst Dietlein mit einem Straßennamen zu ehren. Ausschlaggebend dafür seien dessen Verdienste für die Geschichtsschreibung der Stadt Hof gewesen. Dietlein habe jahrelang das Stadtarchiv verwaltet und sei Autor zahlreicher Bände zur Stadtchronik.¹⁰⁷⁴

10.10.2012: 1. Wende. In einer Bürgerversammlung wird dieses in der Gemeindeordnung vorgesehene Instrument direkter Bürgerbeteiligung überraschend benutzt, um den Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses zu kippen. Jörg Ogrowsky stellt den Antrag, den Streitfall auf die Tagesordnung der nächsten Stadtratssitzung zu setzen. Begründung: „Die Stadt muss ihre Leichen aus dem Keller holen“. Der Antrag wird mit 15:13 Stimmen angenommen. Gegner des Antrages sind vor allem anwesende Stadträte und Mitglieder der Stadtverwaltung.¹⁰⁷⁵

12.10.2012: Der Artikel in der Frankenpost über die „Erneute Diskussion um die Dr.-Dietlein-Straße“ löst die „Resonanzwelle“ des Jahres 2012 aus (dazu 9 Kommentare auf der Internetplattform der FP).

15.10.2012: Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner gibt bekannt, dass „sachkundige Heimatgeschichtler“ und Vertreter der evangelischen Kirche das Wirken Dietleins aus heutiger Sicht beleuchten und beurteilen sollen.¹⁰⁷⁶

17.10.2012: Der Dekan der evangelisch-lutherischen Kirche, Günter Saalfrank, warnt in einem Leserbrief in der Frankenpost vor „Schnellschüssen und übereiltem Aktionismus.“¹⁰⁷⁷

II. Der Verlauf des Streitfalles, 2013

II.1 Die vier „Resonanzwellen“

Der Streit zog sich über viele Monate, vom 19.6. bis zum 31.12.2013, lokal und regional hin und gewann sogar bayernweit große öffentliche Aufmerksamkeit. Wirkmächtigste Auslöserin der „Resonanzwellen“ und gezielt kommentierende Einflussnehmerin war bis zum Ende der Auseinandersetzungen die Lokalredaktion der Frankenpost. Ihre Artikel, Dokumentationen und Interviews, welche die Phasen des stadtparlamentarischen Entscheidungsprozesses und die damit verbundenen örtlichen Vorgänge begleiteten, lösten in zeitlicher Folge vier öffentliche „Resonanzwellen“ aus. Als Resonanzwellen werden hier alle beobachteten Reaktionen bezeichnet, die in Form von digitalen Kommentaren auf der FP-Online-Plattform und in Form von namentlich gezeichneten Leserbriefen in der FP-Printausgabe auf vierzig Presseartikel erfolgten (siehe Tab. 1). Der zum Teil wirre und undurchsichtige Verlauf des Streites und der stadtparlamentarischen Entscheidungsprozesse lässt sich anhand der Berichterstattung der Frankenpost (FP) und des Bayerischen Rundfunks (BR) über den Streitfall analytisch strukturieren und darstellen. In die Verlaufs- und Inhaltsanalyse wurden alle von den 137 Kommentatoren publizierten 249 Wortmeldungen mit einbezogen, die im Zeitraum vom 19.6. bis zum 31.12.2013 auf den bezeichneten digitalen Plattformen erschienen sind. Ebenso wurden die 27 Leserbriefe berücksichtigt, die in diesem Zeitraum in der Printausgabe der Frankenpost abgedruckt worden sind (siehe Tab. 1). Die Inhalte der Artikel, Interviews und

¹⁰⁷⁴ <http://www.frankenpost.de/lokal/hofrehau/hof-stadt/Strassenname-bleibt-unverändert:art2390>, 213/049 (17.6.2013).

¹⁰⁷⁵ [http://www.frankenpost.de/hofrehau/hof-stadt/Klssiker-vor-leeren-stuehlen:art ...](http://www.frankenpost.de/hofrehau/hof-stadt/Klssiker-vor-leeren-stuehlen:art...) (30.6.2013).

¹⁰⁷⁶ <http://www.br.de/franken/inhalt/aktuelles-aus-franken/hof-dr-dietlein-strasse-100.html> (29.6.2013).

¹⁰⁷⁷ BR 17.10.2012. <http://www.br.de/franken/inhalt/aktuelles-aus-franken/hof-dr-dietlein-strasse-100.html> (29.6.2013).

dokumentarischen Wiedergaben (Berichterstattung), 40 an der Zahl, welche die Lokalredaktion im Lokalteil „Hofer Anzeiger“ veröffentlichte, können ebenso wie die der digitalen Wortmeldungen im vorliegenden Beitrag nur beispielhaft und gekürzt wiedergegeben werden.

Die ersten drei Resonanzwellen dauerten jeweils mehrere Wochen, die vierte währte nur wenige Tage. Für die Verlaufsanalysen waren nicht nur die Inhalte der Reaktionen aufschlussreich, sondern auch die Mengen typischer Wortmeldungen und der zeitliche Wechsel von Meinungen und Einstellungen. Die Resonanzwellen wurden zwar hauptsächlich von der Berichterstattung der FP hervorgerufen, erhielten aber auch durch die Berichterstattung anderer Medien und einzelner Interventionen „Schwung“. So griffen zum Beispiel der „Sprecher“ der Anwohner der Dr.-Dietlein-Straße und seine Mitstreiter mehrmals in den Entscheidungsprozess ein, um eine Umbenennung zu verhindern. Die BR-Redaktion für Nachrichten aus Oberfranken berichtete gegen Ende jeder „Resonanzwelle“ ausführlich über den Verlauf des Streitfalles und über die Ergebnisse der Entscheidungen. Im Gegensatz zur FP-Lokalredaktion nahm die BR-Redaktion von Anfang an entschieden und klar Stellung für eine Umbenennung. Die vier Resonanzwellen auf die FP-Berichterstattung gaben das Raster für die Strukturierung des Verlaufs des Streitfalles und für die empirisch-analytische Bewältigung der digitalen Stofffülle ab. Bei der empirischen Bearbeitung ergab sich zunächst folgendes Bild:

Tabelle 1: Resonanzwellen und jeweilige Zahl der FP-Berichte, der digitalen Kommentare und der Leserbriefe in der FP¹⁰⁷⁸

Resonanzwelle	FP-Artikel	Kommentatoren	Kommentare	Leserbriefe
1. Resonanzwelle 19.6.-13.7.2013	10	48	93	5
2. Resonanzwelle 2.8.-28.10.2013	14	35	71	11
3. Resonanzwelle 4.11.-6.12.2013	14	33	33	13
4. Resonanzwelle 17.12.- 31.12.2013	2	21	52	0
Gesamt	40	137	249	29

¹⁰⁷⁸ Die Differenz der Zahlen für Kommentatoren und Kommentare ergibt sich aus der Tatsache, dass einzelne anonyme Kommentatoren sich mehrmals zu Wort meldeten.

Erste „Resonanzwelle“: 19.6.-13.7.2013

11 Artikel/Dokus/Interviews in der Frankenpost (FP), darunter kein einziger „Premium-Artikel“¹⁰⁷⁹; 48 Kommentatoren mit insgesamt 93 Kommentaren auf der digitalen FP-Homepage/FP-Online; 5 namentlich gezeichnete Leserbriefe in der Printausgabe der FP.

Die erste Resonanzwelle des Jahres 2013 wurde am 19. Juni 2013 durch den Bericht der FP ausgelöst, der „Straßenname mit Dr. Dietlein verschwindet“. Sie verebte Mitte Juli 2013 mit dem Artikel ab „SPD-Urgesteine üben scharfe Kritik“. Hans Büchler (SPD, ehemaliger Bundestagsabgeordneter, 1971-1994) und Dieter Döhla (SPD, ehemaliger Oberbürgermeister der Stadt Hof, 1988-2006), griffen die SPD-Stadträte scharf an, die am 28.6.2013 dem Beschluss gegen eine Umbenennung zugestimmt hatten, und machten darauf aufmerksam, dass die meisten Hofer Sozialdemokraten eine Umbenennung befürworteten. Büchler und Döhla mahnten in einem offenen Brief in der Frankenpost: „Mit der Entscheidung der Stadtratsmehrheit ist dem öffentlichen Ansehen der Stadt Hof ein Bärendienst erwiesen worden. (...) Es geht hier um weit mehr für die Stadt Hof, was mit Geld nicht zu messen ist (...). Wir glauben nicht, dass mit der Stadtratsentscheidung [Ablehnung einer Umbenennung – A.M.] vom 28. Juni die Sache erledigt und, worauf sicher manche vertrauen, auch bald vergessen ist. Dieses Thema wird weiter kochen und die Stadt beschäftigen. Vielleicht auf noch unangenehmere Weise als bisher, wenn z.B. die geplanten Erklärungstafeln Hof zum Bildungsziel für politischen Unverstand machen. Wir wären erleichtert, wenn der Stadtrat nach einer kurzen Verschnauf- und Denkpause das Thema mit einer anderen Entscheidung erledigt. Für unsere Stadt Hof wäre das eine weise Entscheidung.“¹⁰⁸⁰

Zweite „Resonanzwelle“: 2.8.-29.10.2013

14 Artikel/Dokus/Interviews in der Frankenpost, darunter 7 „Premium-Artikel“; 35 Kommentatoren mit 71 Kommentaren auf der digitalen FP-Homepage/FP-Online; 9 namentliche Leserbriefe in der Printausgabe der FP.

Die zweite Resonanzwelle setzte am 2. August 2013 in Reaktion auf den FP-Bericht über die schleppenden Beratungen im Stadtrat ein. Die FP berichtete: Die Umsetzung des Stadtratsbeschlusses vom 28. Juni 2013, eine Informationstafel anzubringen, verzögere sich. Die Beratungen über den Text auf der geplanten Informationstafel hielten an, im Stadtrat sei man sich über den Text noch nicht einig. Dieser Bericht und die folgenden Artikel lösten in der Öffentlichkeit zahlreiche Meinungsäußerungen aus: 71 anonyme Kommentare auf der digitalen FP-Plattform und 9 namentlich gezeichnete Leserbriefe in der FP-Printausgabe. Die Erregungskurve ging in die Höhe. Im numerischen Vergleich mit der ersten Resonanzwelle verdoppelte sich in etwa die Zahl der Stellungnahmen. Die zweite Resonanzwelle klang am 29. Oktober 2013 mit dem FP-Artikel über alte und neue Namensnennungen aus. Die Front der Gegner einer Umbenennung war

¹⁰⁷⁹ Die FP-Online-Redaktion kann in die Zugänglichkeit ihrer Berichterstattung steuernd eingreifen, indem sie Artikel zu kostenpflichtigen „Premium-Artikeln“ erklärt. Den exklusiven Inhalt kann nur lesen, wer über ein ePaper-Abonnement verfügt oder Inhaber eines Online-Passes ist.

¹⁰⁸⁰ <http://www.dekanat-hof.de/meinungdesmonats/meinungaug1> ... (29.12.2013). Die Formulierung „für unsere Stadt wäre das eine weise Entscheidung“ war indirekt eine deutliche Kritik an der Position des Hofer Dekans Günter Saalfrank. Siehe unten.

schwächer, eine Umbenennung entgegen dem Stadtratsbeschluss vom 28. Juni 2013 erneut erwogen und gefordert worden. Befürworter einer Umbenennung gewannen an Boden.

Dritte „Resonanzwelle“: 4.11.-6.12.2013

14 Artikel/Dokus/Interviews in der Frankenpost, darunter 6 „Premium-Artikel“; 33 Kommentatoren mit 33 Kommentaren auf der digitalen FP-Homepage/FP-Online; 13 namentliche Leserbriefe in der Printausgabe der FP.

Die dritte Resonanzwelle brachten Anfang November 2013 zwei Berichte der FP ins Rollen: Einmal war es der Bericht über den feierlichen Vollzug des Stadtratsbeschlusses, dem bisher namenlosen Platz vor der St. Marienkirche den Namen „Bernhard-Lichtenberg-Platz“ zu verleihen. Zum anderen der Bericht vom 8. November 2013, der Stadtrat habe die „Dietlein-Frage“ abermals vertagt. Im ersten Bericht war der Vorgang der Namensgebung „Bernhard Lichtenberg-Platz“ mit der Problematik der „Dr.-Dietlein-Straße“ verglichen worden. Beide Artikel führten wiederum über Wochen zu Auseinandersetzungen über das Pro und Contra einer Umbenennung der „Dr.-Dietlein-Straße“ und über die am Ende angestrebte Lösung. Der Streit endete mit dem Stadtratsbeschluss vom 29.11.2013 und dessen Umsetzung. Bereits bei Beginn der dritten Resonanzwelle war aus Kommentaren und öffentlichen Verlautbarungen ablesbar gewesen, dass ein Stimmungs- und Meinungsumschwung zugunsten einer Umbenennung eingesetzt hatte. Der Hofer Stadtrat, der sich, hilflos und inkompetent wirkend, in die Klemme eines Dilemmas manövriert hatte, versuchte sich aus der hausgemachten Klemme herauszuwinden. Er hoffte durch mehrmaligen Aufschub der Umsetzung seines Beschlusses vom 28. Juni 2013 und durch neue Beratungen zu einer einigenden und befriedenden Lösung zu gelangen, verlor aber gerade dadurch weiter an Glaubwürdigkeit und Prestige. Teile der Stadtratsfraktionen waren sogar bereit gewesen, ihre durch Wahlen legitimierte demokratische Handlungshoheit durch eine „Flucht ins Plebiszit“ zu ersetzen. Vor allem die CSU-Fraktion hatte für ein Stadtratsbegehren und damit Bürgerbegehren plädiert, um von der Wahlbürgerschaft „endlich klare Vorgaben“ für das Handeln und Entscheiden zu erhalten.

Vierte „Resonanzwelle“: 17.12.-31.12.2013

Drei Artikel der FP mit einer Bilanzierung des Gesamtverlaufs und über das Ende des Streitfalls vom 29.11., 30.11. und 4.12.2013 lösen noch einmal Wirbel aus; 52 Kommentare von 21 anonymen Kommentatoren.

Bei der vierten Resonanzwelle handelt es sich vor allem um Reaktionen auf die Ankündigung des „Sprechers“ einiger Anwohner der Dr.-Dietlein-Straße, die am 29.11.2013 beschlossene Umbenennung in Dr.-Bonhoeffer-Straße durch einen Bürgerentscheid torpedieren zu wollen.

II.2 Kommentatoren und Adressaten

In den Resonanzwellen traten, abgesehen von den Berichterstattern der Printmedien und deren Redaktionen, zwei typische Kategorien von Kommentatoren auf: die anonymen Kommentatoren, die für ihre Meinungsäußerungen die digitale FP-Homepage/Online-Plattform nutzten, und die Schreiber von Leserbriefen, die sich in der Printausgabe der Frankenpost unter Angabe ihres Namens zu Wort meldeten. Das Internet wurde zur anonymen „Pöbelmaschine“ für diejenigen, die in der Deckung der Anonymität glaubten,

ihre zum Teil hemmungslosen Diffamierungen und hasserfüllten Meinungsäußerungen auf der digitalen FP-Homepage kundgeben zu können. Die presserechtliche Pflicht, seine Identität namentlich anzugeben, um einen Abdruck zu erreichen, hielt anscheinend Leser zurück, mit Leserbriefen öffentlich hervorzutreten. Ihre Gruppe blieb vergleichsweise klein an Zahl (siehe Tab. 1). Im Vergleich mit den anonymen ad hoc-Wortmeldungen der Internet-Kommentatoren zeigten die meisten Leserbriefe inhaltlich ein höheres Reflexionsniveau. Sie stammten in der Regel aus der Hand von Honoratioren mit höherer Bildung und höherem Sozialstatus. Der kritische Tenor der Leserzuschriften richtete sich gegen leichtfertige Straßenbenennungen, bemängelte Versäumnisse in der Vergangenheit (bei der „Erstbenennung“ 1964), bedauerte im Grunde den Stadtratsbeschluss der Beibehaltung vom 28.6.2013 und rügte die „Winkelzüge“ und (vermutete) wahltaktische Rücksichtnahmen. Der Stadtrat habe sich mit seinem faulen oder billigen Mehrheitsbeschluss aus einer in der Vergangenheit selbst verschuldeten Klemme ziehen wollen. Das werde den Opfern des NS-Regimes nicht gerecht. Im gesamten Verlauf des Streites blieben die anonymen Kommentatoren die weitaus größte Gruppe (siehe Tab. 1), wobei unter ihnen die Gegner einer Umbenennung bei weitem überwogen.

Wer mit einer Meinungsäußerung jeweils angesprochen werden sollte, bleibt in vielen Fällen unklar. In dem gegebenen sozialen und politischen Kontext, so dürfen wir annehmen, waren drei Hauptadressaten gemeint: (1) in erster Linie der **Stadtrat** als demokratisch legitimer und handelnder Entscheidungsträger; (2) dann **Mitbürger**, die Kommentatoren in ihrem Sinne pro oder contra einstimmen und mobilisieren wollten und (3) **Kommentatoren** untereinander im Sinne einer Gegenseitigkeitsversicherung und gegenseitiger Kritik (Dialoge). Viele Kommentare hatten **appellativen Charakter**: Sie forderten zum Handeln auf, im Streitfall etwas zu tun, zu unterlassen, zur Kenntnis zu nehmen, zu bedenken oder zu unterstützen, sei es pro oder contra.

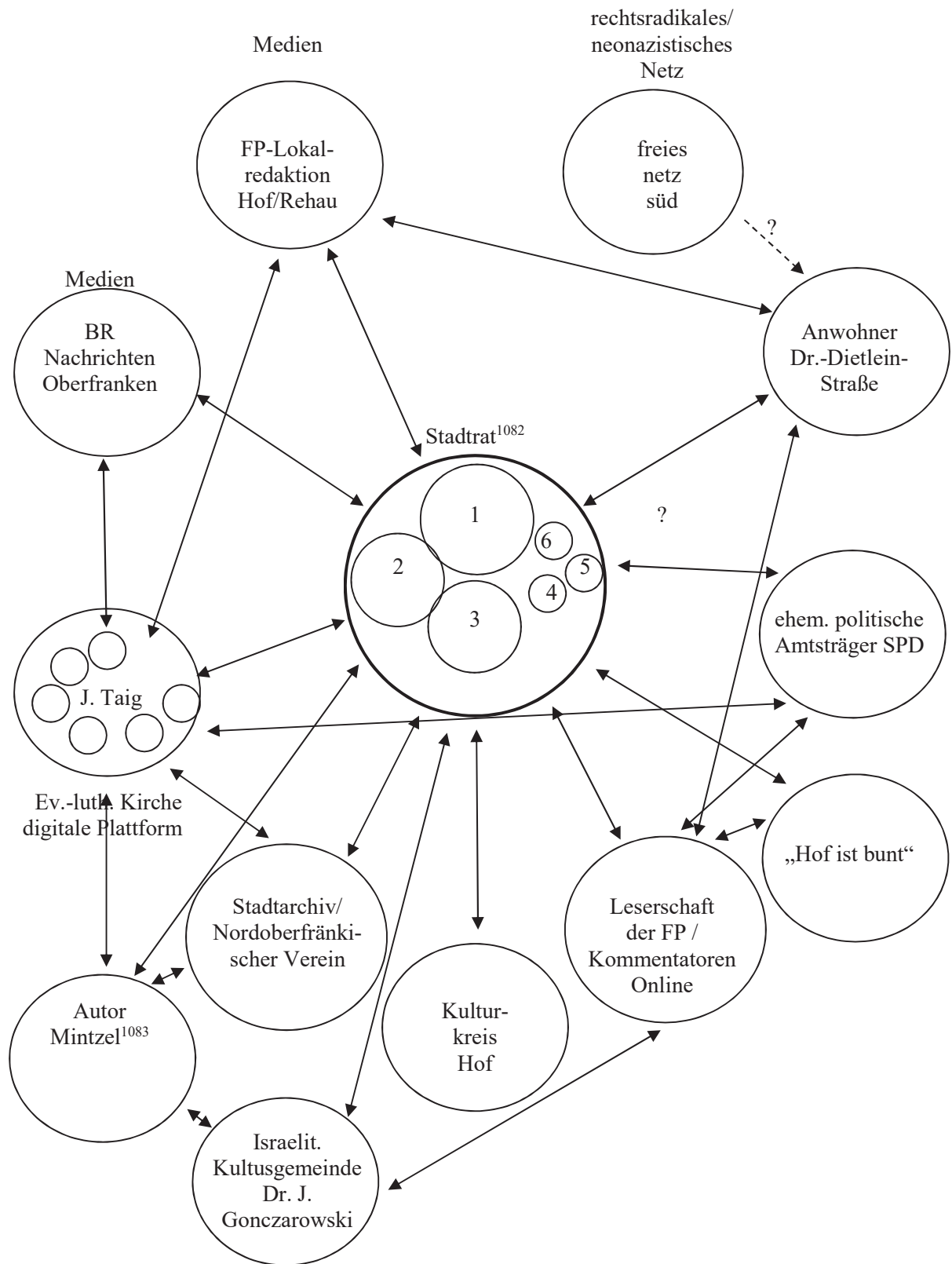
Zur Repräsentativität: Die inhaltsanalytische Auswertung der digitalen Kommentare, der namentlich gezeichneten Leserbriefe und Verlautbarungen von offiziöser und offizieller Seite kann nicht beanspruchen, repräsentative Ergebnisse vorzulegen. Bei den Kommentatoren, Leserbriefschreibern, zitierten Meinungsführern und demokratisch legitimierten Sprechern handelt es sich nicht um nach sozialstatistischen Methoden ausgewählte Kategorien, sondern um agierende Teilmengen der Einwohner und weiterer Bevölkerungskreise. Die Aussagen und Stellungnahmen dieser „Wortführer“, seien es die anonymen Kommentatoren auf der FP-Online-Plattform, seien es die ihre Identität preisgebenden Leserbriefschreiber oder Sprecher von Institutionen und Gruppen, sind in einem statistisch repräsentativen Sinne nicht als „typisch für Hof“ anzusehen. Dennoch dürfen die Behauptungen, Stellungnahmen und Urteile dieser „Wortführer“ als aufschlussreiche Hinweise auf Denkmuster, Meinungen, Einstellungen und Überzeugungen angesehen werden, die in der Bevölkerung weit verbreitet sind. Sie verraten im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit typische Vorurteile und Stereotype sowie Techniken der Verunglimpfung und Diffamierung.

II.3 Beziehungsgeflecht der beteiligten Einflussfaktoren (siehe Schema 1)

Das Beziehungsgeflecht der am Streitfall direkt und indirekt beteiligten Akteure, Gruppen und institutionellen (Teil-)Einheiten war dicht, komplex und zum Teil verdeckt, also schwer zu durchschauen. Zentrale Akteure waren der durch öffentliche Wahlen demokratisch legitimierte Stadtrat, seine Fraktionen und einzelne Mandatare. Sie, die politischen Mandatsträger, waren durch den Antrag zur Umbenennung herausgefordert, in

der Sache eine Entscheidung herbeizuführen. Um dieses repräsentativ-demokratische Handlungszentrum herum agierten im Streitfall zahlreiche Einzelpersonen, nicht organisierte und organisierte Gruppen (wie die „Bürgerinitiative“ der Anwohner und das Bündnis „Hof ist bunt“), Redaktionen von Medien (FP, BR), Zeitungsleser und Rundfunkhörer, Amtsträger und Gemeindemitglieder der ev.-lutherischen Kirche, Heimatforscher (Stadtarchiv/Nordoberfränkischer Verein), ehemalige politische Amtsträger der Stadt und nicht identifizierbare Kräfte. Sie alle nahmen pro oder contra Einfluss auf den Entscheidungsprozess, sei es mit diversen Vorschlägen, sei es mit destruktiven Interventionen. Entsprechend breit waren die kommunikativen Interventionen in den laufenden Entscheidungsprozess. In den vorliegenden Verlaufs- und Inhaltsanalysen konnten allerdings nur Teilaspekte der komplexen Kommunikations- und Entscheidungsverläufe behandelt werden. Die internen Beratungen und Abmachungen des Stadtrats, seiner Fraktionen und einzelner Mandatare waren für eine empirische und überprüfbare Analyse unzugänglich. Ein Großteil der Beratungen und Beschlussfassungen fand in nicht-öffentlichen Sitzungen der Stadtratsfraktionen, der Solomandatare (Die Linke Hochfranken; Bündnis 90/Die Grünen, ein Parteiloser) und des Haupt- und Finanzausschusses statt. Der inhaltliche Verlauf war nur indirekt aus nachfolgenden Presseberichten (FP, BR) und/oder öffentlichen Stellungnahmen einzelner Mandatare zu erfahren. Um inhaltlich Genaueres über die nichtöffentlichen Sitzungen zu ermitteln, wäre es notwendig gewesen, zumindest mit Hilfe offener Interviews die 44 Mandatsträger des Hofer Stadtrats systematisch zu befragen. Der empirische Aufwand und die Kosten wären allerdings viel zu hoch gewesen, um dieses Instrument sozialwissenschaftlicher Forschung hier einsetzen zu können. Der Verfasser nahm zu einigen Stadträten/Stadträtinnen Kontakt auf, um deren Insider-Wissen für seine Analysen nutzen zu können. In der vorliegenden Verlaufsanalyse wird der Fokus vor allem auf dieses Dreiecksverhältnis gerichtet, weil die Wechselwirkungen zwischen dem „Akteur Stadtrat“, der Berichterstattung der Medien (FP, BR) und der Leserschaft in den Inhalten von amtlichen Verlautbarungen, der Berichterstattung von Medien und den Reaktionen aus der Leserschaft am deutlichsten zum Ausdruck kommen und sich empirisch ermitteln lassen. Dagegen bleibt das kommunikative Beziehungsgeflecht zwischen anderen Einflussfaktoren „verdeckt“ und schwer fassbar.

Schema 1: Informations- und Kommunikationsnetz beteiligter Einflussfaktoren¹⁰⁸¹

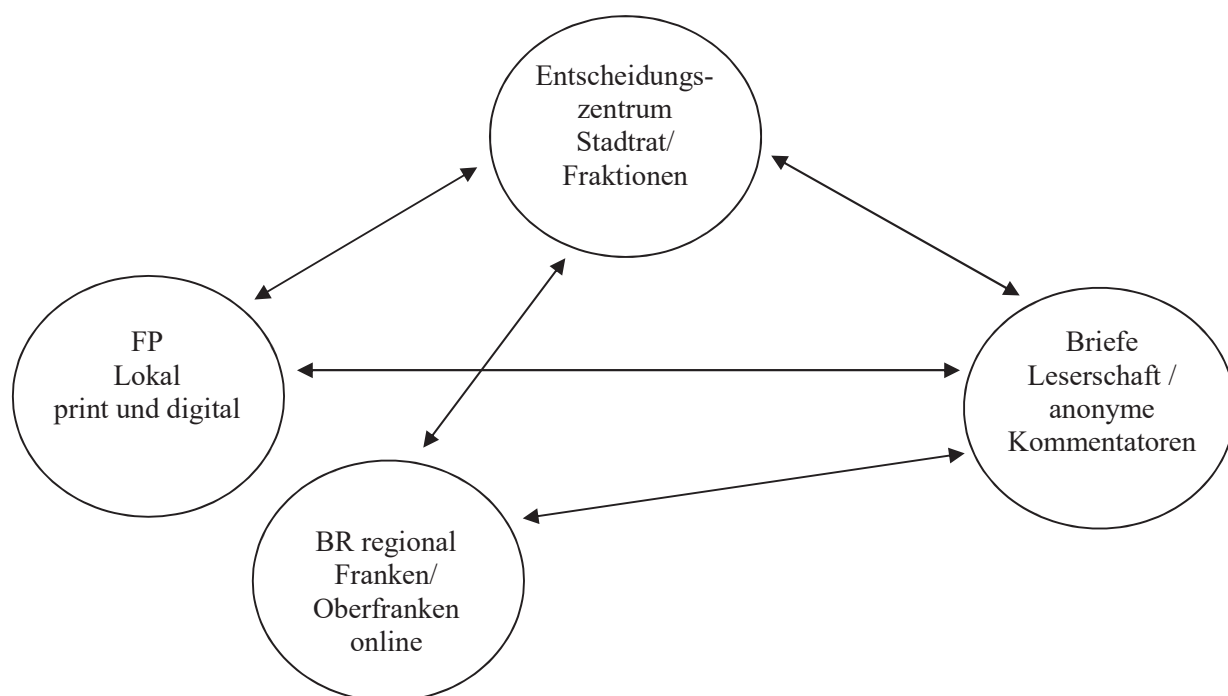


¹⁰⁸¹ Das Schema beansprucht nicht, alle möglichen und tatsächlichen Einflussfaktoren erfasst zu haben. Die Kreise geben keine Größenordnung und kein Ausmaß der empirisch erfassten Einflussfaktoren wieder.

¹⁰⁸² Stadtrat (44 Sitze): 1 CSU, 20 Sitze; 2 SPD, 11 Sitze; 3 Freie Aktive Bürger (FAB), 10 Sitze; 4 Bündnis 90/Die Grünen, 1 Sitz; 5 Die Linke Hochfranken, 1 Sitz; 6 Parteiloser, 1 Sitz.

¹⁰⁸³ Autor Mintzel = teilnehmender und indirekter Beobachter, er ist einflussnehmender Wirkfaktor.

Schema 2: Dreiecksverhältnis Medien – Leserschaft / Kommentatoren – Stadtrat/ Fraktionen (Schema: Alf Mintzel)



II.4 Nebenschauplätze und Parallelereignisse

Auch Nebenschauplätze und Parallelereignisse gehören zum Kontext des Streitfalls „Dr.-Dietlein-Straße“ und seiner Verlaufsphasen. Sie wirkten direkt und indirekt auf den Entscheidungsprozess ein. Solche Nebenschauplätze und Parallelereignisse waren die über 100 Hakenkreuz-Schmierereien, die in Hof über viele Monate auf Kirchenmauern und öffentlichen Gebäuden auftauchten¹⁰⁸⁴, die Namensgebung „Bernhard-Lichtenberg-Platz“ für den bisher namenlosen Platz vor der Hofer St. Marienkirche im November 2013¹⁰⁸⁵, die Internet-Aktivität des neonazistischen „Freien Netzes Süd“ und die Treffen der „Freien Nationalisten Hof“ in Oberprex, einer Gemeinde im Landkreis Hof.¹⁰⁸⁶ Beobachter der rechtsradikalen und neonazistischen Szene in Hof und Oberfranken mahnten: „An alle dem wird sich nichts ändern, solange sich die Zivilgesellschaft nicht endlich in ganz Oberfranken aufrafft, um den enormen rechten Umtrieben wirkungsvoll entgegenzutreten.“¹⁰⁸⁷ Der Streitfall „Dietlein“ gewann auch unter diesen Aspekten eine besondere Bedeutung. Die meisten Mitglieder des Stadtrates erkannten anfangs nicht die Brisanz der Streitfrage. Der Oberbürgermeister der Stadt Hof, Dr. Harald Fichtner, verfolgte keinen stimmigen und konsequenten Kurs, sondern lavierte in Verkennung der Brisanz zwischen Positionen hin und her. Er gab erst spät seine Fehleinschätzungen und Entscheidungsfehler zu.¹⁰⁸⁸ Ihm wurden wahltaktische Winkelzüge unterstellt.

¹⁰⁸⁴ Frankenpost vom 12.11.2013.

¹⁰⁸⁵ Frankenpost vom 4.11.2013.

¹⁰⁸⁶ <http://www.landkreis-hof.de/Aktuelles/Nachrichtenarchiv.asp...> (18.12.2013); <http://m.er-b.de/2012/11/oberfranken-wohlgefühlzone-fur-nazis/> (18.12.2013).

¹⁰⁸⁷ <http://m.er-b.de/2012/11/oberfranken-wohlgefühlzone-fur-nazis/> (18.12.2013).

¹⁰⁸⁸ Frankenpost vom 29.11.2013, S. 7, und vom 30.11.2013, S. 7.

II.5 Das Freie Netz Süd

Das neonazistische Freie Netz Süd (FNS),¹⁰⁸⁹ dem etwa 150 Mitglieder zugezählt wurden, hatte sich offenbar die Stadt Hof als Schwerpunkt für seine rechtsradikale Agitation ausgesucht und in dem Streitfall „Dietlein“ ein für seine politischen Ziele besonders geeignetes Konfliktfeld ausgemacht.¹⁰⁹⁰ Es mischte sich auf seiner Internetplattform und vor Ort mehrmals mit Hetzkampagnen in die Auseinandersetzungen ein.¹⁰⁹¹ Es bezeichnete den Streitfall als „Schuldkulposse in Hof“, als eine „zeitgeistliche Bilderstürmerei antinationaler Kreise“, als „Nestbeschmutzer-Kampagne linker Stunkfabrikanten“ und als „Umbenennungsposse schuldzerfressener Stadtratsvertreter“. Die neonazistische Polemik war offen antisemitisch. „Die unbedeutende Hofer Israelitische Kultusgemeinde mit ihren kläglichen gut 350 Mitgliedern“, so hieß es, habe sich mit ihren Forderungen „frech eingemischt.“ Die jüdischen Forderungen führen womöglich dazu, „den Namen Dietleins nun doch (...) aus dem Stadtleben Hof ein für alle Mal auszumerzen.“ Die neonazistischen Hetzagitatoren sahen im Streitfall „Dietlein“ ein Fanal für weitere, wie sie es bezeichneten, „Aufklärungsaktionen“.

Das Freie Netz Süd sprach in seiner Kampagne auch die Geschichte der Hofer Stadtchronik an. „Das Dr.-Dietlein-Straßenkasperl wird damit zweifelsfrei in die Geschichte der Stadt eingehen (...). Gespannt kann man nur sein, wer angesichts solcher illoyaler und angstschißbesessenen Stadtoberen noch bereit ist, die Stadtchronik Hofs weiter zu schreiben, wenn er befürchten muß (...) Jahre später auf dem Scheiterhaufen des Zeitgeistes geopfert zu werden.“¹⁰⁹² Die neonazistischen Pöbeleien der Internetz-Agitation des Freien Netzes Süd fanden in zahlreichen anonymen Wortmeldungen auf der digitalen Plattform der Frankenpost ein erschreckendes Echo bis hin zu antisemitischen Tönen („Kippaträger“).

Einen Gegenpol dazu bildete der Kreis um den Hofer evangelisch-lutherischen Pfarrer Johannes Taig, der sich von Anfang an, gerade auch angesichts der neonazistischen Pöbeleien und Schmierereien, entschlossen für eine Umbenennung stark machte.¹⁰⁹³

¹⁰⁸⁹ Das „Freie Netz Süd“ (FNS) trat erstmals zum Jahreswechsel 2008/2009 in Erscheinung. Vorgängerorganisation war wahrscheinlich die „Fränkische Aktionsfront“, die vom bayerischen Innenminister verboten worden war. Der bayerische Landtag hatte sich im April 2012 fraktionsübergreifend für ein Verbot des FNS ausgesprochen. Im FNS waren rund 20 Kameradschaften locker organisiert. Das Netzwerk agitierte hauptsächlich in Franken, Oberbayern und der Oberpfalz. <http://www.freies-netz-sued.net/index.php/ueber/> (2.7.2013); Süddeutsche Zeitung vom 11.7.2013, S. 41; Passauer Neue Presse vom 11.6.2013, S. 10.

¹⁰⁹⁰ „Oberfranken: Wohlfühlzone für Nazis?“, in: <http://m.er-b.de/2012/11/oberfranken-wohlfuhlzone-fur-nazis/> (18.12.2013).

¹⁰⁹¹ <http://www.freies-netz-sued.net/index.php/ueber/> (2.7.2013); <http://www.freies-netz-sued.net/index.php/2013/06/30/sieg-der-wutburger-uber-hofer-nestbeshmutzer/> (2.7.2013); <http://www.libertas-info.de/hof-an-der-saale-unwürdige-schu...> (14.11.2013); <http://www.freies-netz-sued.net/index.php/2013/12/11/schuld...> (14.12.2013).

¹⁰⁹² <http://www.libertas-info.de/hof-an-der-saale-unwürdige-schu...> (28.11.2013).

¹⁰⁹³ Herrn Pfarrer Johannes Taig bin ich zu großem Dank verpflichtet. Er versorgte mich über seine Internet-Plattform so gut wie täglich mit Informationen über die Vorgänge in Hof. Ohne seine Sendung von Dokumenten und Presseberichten und ohne seine vielfältigen Hinweise hätte der vorliegende Beitrag „aus der Ferne“ nicht zustande kommen können.

III. Der Stadtrat und seine Fraktionen: Beschlüsse, Aufschübe, Rückzieher, Umfaller¹⁰⁹⁴

Dem Stadtrat gehörten im Zeitraum 2012/2013 vierundvierzig Stadträte an. Mehrheitspartei war die CSU mit 20 Sitzen, gefolgt von der SPD mit 11 Sitzen. Die Fraktion der Freien Aktiven Bürger (FAB) war mit 10 Sitzen vertreten, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke Hochfranken und ein Parteiloser mit jeweils einem Sitz. Die Fraktionsvorsitzenden waren Wolfgang Fleischer (CSU), Dr. Jürgen Adelt (SPD) und Gudrun Bruns (Freie Aktive Bürger). In der CSU-Fraktion votierte allein die Soziologin Dr. Gisela Strunz von Anfang an in allen Entscheidungsphasen konsequent für eine Umbenennung. Sie begründete ihre abweichende Haltung unter anderem damit, dass die Stadtchronik noch heute als nationalsozialistisches Schriftwerk verboten sei.¹⁰⁹⁵ Die Fraktion der FAB stimmte am 28.6.2013 geschlossen gegen eine Umbenennung.¹⁰⁹⁶ Gudrun Bruns begründete das ablehnende Votum ihrer Fraktion mit der mehrdeutigen Feststellung: „Wir müssen aus der Geschichte lernen – und sie nicht klittern und streichen.“¹⁰⁹⁷ Wer hat geklittert und wen nicht streichen wollen?

III.1 Vollzugstermine und Aufschübe der Beschlüsse

Der Stadtrat und seine Fraktionen erwiesen sich von Anfang an in dieser Streitsache als wankelmütig, unsicher, unbeholfen und uneinig. So entschlossen und sicher die Mehrheit des Stadtparlaments am 28.6.2013 in der Streitsache schien, als sie den Antrag auf Umbenennung mit 36 zu 8 Stimmen ablehnte, so schwach und verunsichert wirkte sie in den folgenden Phasen der Auseinandersetzung. Der Stadtrat manövrierte sich durch wenig durchdachte Schritte selbst in eine Klemme. Er fasste Beschlüsse und setzte Fristen, die er nicht einhalten konnte. Ihm unterliefen in der jeweiligen Entscheidungssituation eklatante Fehleinschätzungen. Vor dem 28.6.2013 hatte sich in Beratungen eine erste Kehrtwende abgezeichnet. Oberbürgermeister Fichtner hatte angekündigt, der Name Dr.-Dietlein-Straße werde wohl keinen Bestand geben, der Name Dietrich Bonhoeffer sei in der Diskussion.¹⁰⁹⁸ Kritiker warfen dem Stadtrat und seinen Fraktionen taktische Winkelzüge und Inkompetenz vor. Mit jedem weiteren Aufschub geriet der Stadtrat noch tiefer in die Bredouille. Im Folgenden werden die Phasen und Schritte der langwierigen und verwirrenden Entscheidungsprozesse in ihrer chronologischen Folge festgehalten:

28.6.2013: Der Stadtrat beschließt mit einer Mehrheit von 36:8, die beantragte Umbenennung der Dr.-Dietlein-Straße abzulehnen. Stattdessen soll eine Informationstafel zum Wirken Dr. Dietleins angebracht werden. *Erste* Fristsetzung: Anbringung der Informationstafel bis Ende Juli 2013.

2.8.2013: 1. Aufschub – Begründung: Es sei noch keine Einigung über den Inhalt der vorgesehenen Informationstafel zustande gekommen; der Textvorschlag der Stadtverwaltung geht erst noch in den Stadtrat, um einen möglichst breiten Konsens im Gremium herzustellen. *Zweite* Fristsetzung 26.09.2013.

7.8.2013: Das Bündnis „Hof ist bunt“ schaltet sich in die Debatte ein.

¹⁰⁹⁴ Stadtrat Wahlperiode 1.5.2008–30.4.2014, Mitglieder: 20 CSU, 11 SPD, 10 Freie Aktive Bürger (FAB), 1 Bündnis 90/Die Grünen (Grüne), 1 Die Linke Hochfranken (Linke), 1 Parteiloser.

¹⁰⁹⁵ <http://www.br.de/nachrichten/oberfranken/hof-umbenennung-dietlein-strasse-100.html> (29.6.2013).

¹⁰⁹⁶ Frankenpost vom 29.6.2013.

¹⁰⁹⁷ Ebenda.

¹⁰⁹⁸ <http://www.euroherz.de/print.aspx?ID=4005&showNews=1311824> (29.6.2013).

27.9.2013: 2. Aufschub – Die Frist läuft ab, innerhalb deren die Fraktionen Stellungnahmen zum Info-Text auf der Informationstafel hatten abgeben sollen. Die verschiedenen eingegangenen Stellungnahmen werden an den Haupt- und Finanzausschuss weitergeleitet. *Dritte* Fristsetzung: 30.9.2013.

30.9.2013: 3. Aufschub (ohne Fristsetzung)

1.10.2013: Die FP veröffentlicht den Textvorschlag der Stadt Hof für die Informationstafel.

16.10.2013: Der Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde in Hof, Dr. Jakob Gonczarowski, gibt seine bisherige Zurückhaltung in der Streitfrage auf und fordert in einem Offenen Brief Oberbürgermeister und Stadträte auf, die Dr.-Dietlein-Straße umzubenennen. Der Straßename sei „ein Schandfleck für Hof“.¹⁰⁹⁹

17.10.2013: In einem Brief an den Oberbürgermeister beantragt die CSU-Fraktion, die Bürger über ein Ratsbegehren in einem Bürgerentscheid entscheiden zu lassen.¹¹⁰⁰ Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner (CSU) kündigt im Bayerischen Rundfunk ein Ratsbegehren für einen Bürgerentscheid an. Der Bürgerentscheid soll am 16.3.2014 im Zusammenhang mit der Kommunalwahl stattfinden. In den Fraktionen und bei den Solomandataren wird der Vorschlag zunächst einmal positiv aufgenommen, die Beratungen kommen jedoch zu keinem klaren Ergebnis.

23.10.2013: Die SPD-Fraktion beschließt und beantragt einstimmig die sofortige Umbenennung der Dr.-Dietlein-Straße und schlägt den ehemaligen Widerstandskämpfer Dr. Dietrich Bonhoeffer als Namenspatron vor. Sie lehnt gleichzeitig den CSU-Antrag auf ein Ratsbegehren mit nachfolgendem Bürgerbescheid ab.

8.11.2013: 4. Aufschub – Die Stadtratsfraktionen können sich weiterhin nicht auf einen Text für die Informationstafel einigen. Am 25.11.2013 soll im Haupt- und Finanzausschuss über die eingegangenen Vorschläge für die Info-Tafel beraten, am 29.11.2013 im Stadtrat eine letzte Entscheidung getroffen werden. *Vierte* Fristsetzung: 29.11.2013.

9./10.11.2013: Kehrtwende – Die Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an die Pogromnacht vom 9./10.11.1938 bringt einen Meinungsumschwung: Stadtverwaltung und Oberbürgermeister erklären die bisherigen Verhandlungen in der Streitsache Dr.-Dietlein-Straße für gescheitert. Der Beschluss vom 28.6.2013 sei eine Fehlentscheidung ge-

¹⁰⁹⁹ Frankenpost vom 16.10.2013. Dr. Gonczarowski hatte sich ursprünglich nicht in den Streitfall einmischen wollen. Die Vergangenheitsbewältigung sei Sache der Hofer Bürger und nicht die der Israelitischen Kultusgemeinde. Seine Zurückhaltung hatte zudem Grund in der Befürchtung, mit einer Einmischung den spürbaren latenten Antisemitismus anzuheizen. Durch die zunehmende Heftigkeit des Streites war er dann auf den Fall Dietlein besonders aufmerksam geworden. Bevor er aber sich öffentlich zu Wort melden wollte, nahm er auch Kontakt zum Verfasser auf und bat um detaillierte Auskünfte darüber, was Dietlein politisch angelastet werde und um Belege. Durch die Lektüre meines Artikels über „Prominente Hofer im Schatten des Hakenkreuzes“ (2013) sah er sich zu einer öffentlichen Stellungnahme herausgefordert. Er wandte sich in einem Offenen Brief an den Oberbürgermeister der Stadt Hof und forderte die Umbenennung der Dr.-Dietlein-Straße. Brief von Dr. J. Gonczarowski vom 7.10.2013 an den Verfasser; Mail von Dr. Gisela Strunz vom 17.7.2013 an den Verfasser; [http://www.br.de/nachrichten/oberfranken/hof-umbenennung ...](http://www.br.de/nachrichten/oberfranken/hof-umbenennung...) (17.10.2013); Israelitische Kultusgemeinde Hof. Dr. Jakob Gonczarowski sowie der gesamte Vorstand. (Veröffentlicht mit freundlicher Genehmigung von Dr. Gonczarowski, Hof, 16.10.2013.) Offener Brief an den Oberbürgermeister und den Stadtrat der Stadt Hof. (Eine Bestätigung der Rolle des Verfassers als teilnehmender Beobachter). Der Offene Brief ist auch abgedruckt in: Der Hospitalbrief, Dezember 2013, S.16.

¹¹⁰⁰ Frankenpost vom 18.10.2013.

wesen. Sie übernehmen den Vorschlag der SPD-Fraktion und schlagen die Umbenennung in „Dieter-Bonhoeffer-Straße“ vor. Die CSU-Fraktion schwenkt um und beginnt sich hinter den Vorschlag zu stellen.

13.11.2013: Stadtverwaltung und Oberbürgermeister fordern die Mitglieder des Stadtrates auf, bis zum 20.11.2013 zur vorgeschlagenen Umbenennung in „Dieter-Bonhoeffer-Straße“ Stellung zu nehmen. *Fünfte* Fristsetzung: 20.11.2013.

27.11.2013: Die Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Fleischer (CSU), Dr. Jürgen Adelt (SPD) und Gudrun Bruns (FAB) verständigen sich in einem Gespräch mit Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner (CSU) auf Bonhoeffer als neuen Namensgeber.

29.11.2013: Der Hofer Stadtrat beschließt einstimmig, die Dr.-Dietlein-Straße in Dr. Bonhoeffer-Straße umzubenennen. Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner kündigt weitere Recherchen zur nationalsozialistischen Vergangenheit der Stadt Hof und zur Geschichte der Hofer Juden an.

III.2 Windungen und Wendungen, beabsichtigte „Flucht ins Plebiszit“

Aus der chronologischen Folge der Beschlüsse, Vorschläge und Fristsetzungen geht hervor, wie schwer sich der Stadtrat und seine Fraktionen taten, eine historisch-politisch verantwortbare und tragende Entscheidung herbeizuführen. Die Stadträte erkannten zu spät, dass sich der Stadtrat mit seinem Mehrheitsbeschluss vom 28.6.2013 in ein hausgemachtes Dilemma manövriert hatte. Alle Bemühungen, gemeinsam einen angemessenen bzw. den „richtigen“ Text für die Informationstafel zu finden, waren vergebens. Die Stadtratsfraktionen konnten sich auf keinen Text verständigen. Der Textvorschlag aus der Stadtverwaltung wurde nicht akzeptiert. Die Beratungen kamen zu keinem Ergebnis. Die Amtsrollen Dietleins als Lehrer, Pfarrer und Stadtarchivar und sein Wirken in der NS-Zeit ließen sich nicht in der gebotenen Kürze und einvernehmlich formulieren. Der Fraktionsvorsitzende der CSU, Wolfgang Fleischer, gab in der FP zu, dass man die Anforderungen an eine Informationstafel unterschätzt habe. In dieser verfahrenen Situation ergriff der Fraktionsvorsitzende der CSU eine neue Initiative und schlug vor, über ein Ratsbegehren einen Bürgerentscheid herbeizuführen. Er erklärte Mitte Oktober hierzu: „Da die Diskussion um die Umbenennung – trotz demokratisch gefasster Beschlüsse – immer wieder aufflammt, entspricht es dem Demokratieverständnis der CSU-Stadtratsfraktion, den Hofer Bürgerinnen und Bürgern die endgültige Entscheidung zu übertragen.“¹¹⁰¹ Der Bürger wisse in eigenen Angelegenheiten doch am besten Bescheid, solle er doch in dem Streitfall das entscheidende Wort erhalten. In diesem Vorstoß zeige sich am besten der demokratische Wille seiner Partei (Slogan: „Die CSU nahe am Bürger“), dem Bürger in schwierigen Konfliktfällen die Entscheidung zu überlassen. In der CSU-Fraktion wandte sich allerdings die Soziologin Dr. Gisela Strunz gegen diesen Antrag: „Ich halte wenig von einem Ratsbegehren. Wir haben unsere gewählten Vertreter, und diese müssen genügend Urteilskraft haben und sollten sich das Heft des Handelns nicht aus der Hand nehmen lassen.“¹¹⁰²

Die SPD-Fraktion lehnte den Vorschlag der CSU-Fraktion ab. Ein Bürgerentscheid sei das falsche Instrument. „Die Flucht ins Plebiszit“ käme einer Unfähigkeitserklärung ei-

¹¹⁰¹ Frankenpost vom 13.10.2013.

¹¹⁰² Frankenpost vom 23.10.2013. Mein besonderer Dank gilt auch Stadträtin Dr. Gisela Strunz, die mich phasenweise über den Gang der Auseinandersetzungen im Stadtrat unterrichtete und mir damit eine informierte Einschätzung der Entscheidungsprozesse ermöglichte.

nes demokratischen kommunalen Organs gleich. Ein demokratisch-legitimiertes Entscheidungsorgan, das selbst das Dilemma durch nicht durchdachte Entscheidungen herbeigeführt habe, wolle sich seiner politischen Aufgabe entledigen und der wahlberechtigten Bürgerschaft zuschieben, was man selbst nicht zu leisten vermag. Damit mache man Unkenntnis der politisch-historischen Problematik, Ignoranz, blindes Daherreden und nicht zuletzt radikale Ansichten zu Instanzen der Entscheidungsfindung. Aus vielen Kommentaren und Stadtgesprächen war bis zu diesem Zeitpunkt hervorgegangen, dass die große Mehrheit der Einwohner politisch-historisch nicht oder nur oberflächlich informiert war, dass sie so gut wie kein Interesse an diesem Streitfall zeigte und auch nicht Willens war, sich über Dietleins Wirken überhaupt Kenntnisse zu beschaffen. Der Vorschlag der CSU-Fraktion, die Streitfrage einem Bürgerentscheid zu überlassen, konnte, so besehen, als ein populistischer Schachzug angesehen werden, am Ende doch zu erreichen, was umstritten war: die Beibehaltung des Straßennamens. Auch in Lesebriefen und Kommentaren wurde eine „Flucht ins Plebiszit“ als Bankrotterklärung bezeichnet. In der zweiten Oktoberhälfte 2013 standen sich nach monatelangen Kontroversen somit mehrere Streitparteien mit ihren Vorschlägen gegenüber: Die CSU-Mehrheit mit ihrem Vorschlag, die direktdemokratischen Instrumente der Gemeindeordnung, Ratsbegehren und Bürgerentscheid, für eine Entscheidungsfindung einzusetzen, die SPD-Fraktion mit ihrem Vorschlag, den ehemaligen Widerstandskämpfer Bonhoeffer zum Namenspatron zu machen, die FAB, die sich geschlossen gegen eine Umbenennung ausgesprochen hatte, inzwischen aber kompromissbereit war, und die drei Einzelmandatare (Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und ein Parteiloser) mit jeweils unterschiedlichen Meinungen. Die Einzelmandatare bekundeten wiederholt ihre Bereitschaft, über ein Ratsbegehren einen Bürgerentscheid zu ermöglichen.¹¹⁰³ Vorschläge, einen ehemaligen Hofer Widerstandskämpfer oder eine Widerstandskämpferin mit einem Straßennamen zu ehren, gingen ins Leere. Es wären in Hof nur wenige Personen infrage gekommen, darunter vermutlich keine, die von allen Entscheidungsträgern akzeptiert worden wäre.¹¹⁰⁴ Die Vorsitzende der FAB, Gudrun Bruns, Thomas Etzel (Die Linke) und Margit Doll (Bündnis 90/Die Grünen) brachten Doris Weber wegen einer, so glaubte man, tapferen Tat ins Gespräch.¹¹⁰⁵ Doris Weber, so Margit Doll, habe „als Kind in der Reichspogromnacht 1933 [1938! – A.M.] die Thorarolle aus den brennenden Resten der jüdischen Synagoge gerettet. Später, als 2. Bürgermeisterin und Leiterin der Fachakademie, machte sie sich um die Stadt Hof verdient. Mit der Umbenennung der Straße nach ihr würde eine Persönlichkeit gewürdigt, die Vorbildfunktion hat, und damit sei sicherlich eine mehr als angemessene Namensalternative gefunden.“¹¹⁰⁶ Die gerühmte Tat der ehemaligen Hofer Bürgermeisterin Weber erwies sich jedoch als eine unhaltbare Legende.¹¹⁰⁷ Hätte sich

¹¹⁰³ Frankenpost vom 17.10.2013.

¹¹⁰⁴ Zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Hofer Region vgl. Kluge, Hofer Region, S. 88-91.

¹¹⁰⁵ Die Vertreter der drei Parteien beabsichtigten allerdings, die Namensänderung über ein Ratsbegehren mit Bürgerentscheid herbeizuführen.

¹¹⁰⁶ „Hofer Grüne sprechen sich für Doris-Weber-Straße aus. Hin- und Her um Benennung der Dr.-Dietlein-Straße beenden“. <http://www.elisabeth-scharfenberg.de/presse-berlin/2013/10/...> (9.11.2016).

¹¹⁰⁷ Die scheinbar passende honorable Legende wurde vom Bruder der Vorgeschlagenen widerlegt. Albrecht Weber meldete sich öffentlich zu Wort und erzählte die Legende anders als sie bisher kolportiert worden war. Es sei das Verdienst und der Mut der Mutter gewesen, dass die Thora die NS-Zeit überstanden habe. Seine Schwester Doris habe nicht gewusst und begriffen, was sie in der Reichspogromnacht aus Schutt und Asche gezogen habe. Der Mutter, Luise Weber, sei die Rettung der

die Legende von der tapferen Doris Weber nicht als unwahr herausgestellt und wäre unverzüglich gehandelt worden, hätte die Umbenennung in Doris-Weber-Straße wohl mehrheitlich zustande kommen können. Nach dieser „Entzauberung“ blockierten sich die Stadträte weiterhin und unterschätzten nach wie vor die historisch-politische Brisanz und Tragweite des Streitfalls.

Ein zweites Mal brachte ein Anstoß von außen eine Wende. Hatte das erste Mal der Antrag, den Jörg Ogrowsky 2012 in der Bürgerversammlung gestellt hatte, den Stadtrat förmlich gezwungen, sich erneut mit dem Streitfall zu befassen, so war es diesmal die nachdrückliche Forderung des Vorsitzenden der Israelitischen Kultusgemeinde, die Dr.-Dietlein-Straße umzubenennen. Am 16.10.2013 forderte Dr. Gonczarowski im Namen des Gesamtvorstandes der Kultusgemeinde in einem Offenen Brief an den Oberbürgermeister und den Stadtrat auf, eine Umbenennung zu beschließen. Der Offene Brief und die Reden in der Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an die Pogromnacht vom November 1938 führten endlich dazu, dass alle Streitparteien sich einigten, die Dr.-Dietlein-Straße in Dr.-Bonhoeffer-Straße umzubenennen. Dr. Gonczarowskis Aufforderung hatte ein großes moralisches Gewicht.¹¹⁰⁸ Erst die Gedenkveranstaltung an die Pogromnacht 1938 wurde zu einem Vehikel für eine rasche Umbenennung.

IV. Die Rolle der Printmedien

IV.1 Die Frankenpost

Anfangs zögerlich und tastend, welche Position sie in dem Streitfall einnehmen sollte, begann die Lokalredaktion Hof/Rehau rasch Stellung gegen eine Umbenennung zu beziehen. Der erste Artikel, der am 19. Juni 2013 erschienen war und über den neuerlich entbrannten Streit berichtet hatte, trug noch den Titel „Straßennamen mit Dr. Dietlein verschwindet“. Die Redaktion hatte wohl angenommen, dass die inzwischen bekannt gewordenen neuen Forschungsergebnisse über die Verstrickungen des ehemaligen Stadtarchivars und Pfarrers in das NS-Regime zu schwer wogen, um an dem Straßennamen weiterhin festhalten zu können. Doch im folgenden Artikel vom 24. Juni 2013 ergriff die Redaktion schon Partei. „Umbenennung ist der falsche Weg“. Sie behielt dann diese journalistische Marschrichtung mehr oder weniger offen und direkt bis zur Wende bei. Erst als in der dritten Resonanzwelle gegen Mitte November 2013 der Stimmungs- und Meinungsumschwung deutlich an Dynamik gewann, schwenkte die FP-Redaktion Hof/Rehau in einer 180 Grad-Wendung um. Der Stimmungs- und Meinungsumschwung in der veröffentlichten Meinung war durch die Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an die Pogromnacht 1938 in Hof herbeigeführt worden. In ihren Artikeln spielte die FP-Lokalredaktion, so hatte es mitunter den Anschein, die Kontrahenten gegeneinander aus. Besonders auffallend war, dass sie dem „Sprecher“ der „Bürgerinitiative“ aus der Dr.-Dietlein-Straße, Günter Neumann, für deren Ankündigungen und Kampagnen eine

Thora zu verdanken, denn sie habe erkannt, was ihre kleine Tochter nach Hause gebracht habe. „Wenn es eine Ehrung für die Rettung der Thora geben soll, dann müsste man sie am ehesten meiner Mutter geben. (...) Sie hat die Thorarolle – trotz wissentlicher Gefahr – versteckt und aufbewahrt.“ Erst im Jahre 1946, nach dem Untergang des „Dritten Reiches“, habe sie das wertvolle Relikt jüdischer Geschichte in Hof wieder hervorgeholt. Frankenpost vom 29.10.2013; vgl. Kluge, Hofer Region, S. 78.

¹¹⁰⁸ Gudrun Bruns, Fraktionsvorsitzende der FAB, nach dem einstimmigen Beschluss des Stadtrates vom 29.11.2013, die Dr.-Dietlein-Straße in Dr.-Bonhoeffer-Straße umzubenennen: Mit Argumenten habe niemand mehr Gehör gefunden – „die Moral hat die Entscheidung getroffen.“ Frankenpost vom 29.11.2013, S. 7.

breite printmediale Plattform einräumte. Die FP-Lokalredaktion schürte, zugespitzt formuliert, mit ihren Artikeln den Streit, indem sie unter dem Anschein von Bürgernähe und „Äquidistanz“ zu den streitenden Personen und Parteien die Kontrahenten auf ihrem journalistischen Spielfeld antreten ließ. Der Redakteur Jan Fischer schloss einen seiner Artikel am 29.11.2013 mit der Bemerkung ab: „Die Diskussion haben vorwiegend Intellektuelle, Wissenschaftler und Kirchenleute geführt und befeuert. Den Normalbürger hat sie allerdings genervt.“¹¹⁰⁹ Jan Fischer zählte anscheinend Neumann und seine Mitstreiter aus der Dr. Dietlein-Straße, die sich allein wegen (angeblich) zu hoher Kosten gegen eine Umbenennung wandten, zu den „Normalbürgern“, die Befürworter einer Umbenennung hingegen zu den Leuten, die „nerven“. Fischers schnoddriges Gerede über den Doktorgrad Bonhoeffers war charakteristisch für den tagespolitisch kurzatmigen Journalismus, der die politisch-historische Tiefendimension ignoriert und Ignoranten Bälle zuspielt. Zu einer historiografisch-sachlichen und politisch-historisch verantwortlichen Berichterstattung und Aufklärung trug die FP-Redaktion wenig bei. Die FP-Artikel und Meinungsäußerungen riefen insgesamt eine Vielzahl unflätiger, hasserfüllter, zum Teil zynischer und vor allem ignoranter Reaktionen hervor. Mit kostenpflichtigen „Premium-Artikeln“ erschwerte allerdings die FP-Online-Redaktion ab der zweiten Resonanzwelle den Zugang zur digitalen Plattform, so dass sich die Zahl anonymer Kommentatoren etwas verringerte (siehe Tab. 1).

IV.2 Bayerischer Rundfunk

Die Hofer Vorgänge fanden im Streitfall Dr. Dietlein-Straße ihren Niederschlag auch in der regionalen Berichterstattung des Bayerischen Rundfunks, in der zu den Stadtratsbeschlüssen, Auseinandersetzungen, Verfahrensquerelen und Wendungen ausführlich Stellung genommen wurde. Die BR-Redaktion für Nachrichten aus Oberfranken informierte gegen Ende jeder Resonanzwelle über den weiteren Verlauf des Streitfalls und trat – im Gegensatz zur Frankenpost – von Anfang an entschieden für eine Umbenennung ein.¹¹¹⁰ Ihre Kommentare zu den Hofer Widerständen gegen eine Umbenennung waren unverhohlen abschätzig und bissig. Sie stützte ihre Kritik auf die Expertisen von Historikern und zitierte deren Einschätzungen. Am Ende der ersten Resonanzwelle, am 25. Juni 2013, informierte Bayern 1 im Regionalmagazin „Mittag in Franken“ über den Streitfall und führte mit dem Autor des vorliegenden Artikels ein Interview. Vier Monate später, am 25. Oktober 2013, folgte unter der Schlagzeile „Streit um Umbenennung spaltet Stadtrat“ ein weiterer Bericht. In ihrem Hörbericht stellte die Redakteurin Annerose Zuber den Hofer Stadtrat bloß. Anonyme Kommentatoren äußerten sich auf der digitalen Plattform des Bayerischen Rundfunks durchwegs kritisch über die Hofer Gegner einer Umbenennung. Beispiele:

- „Erschütternd, wie viele Stadträte einen Nachhilfeunterricht in Geschichte bräuchten.“
- „Der Nazi-Terror ist jetzt 68 Jahre her, was lernt ihr eigentlich aus der Geschichte???“

¹¹⁰⁹ Frankenpost vom 29.11.2013, S.7.

¹¹¹⁰ <http://www.br.de/franken/inhalt/aktuelles-aus-franken/hof-dr-dietlein-strasse-html> ... (29.6.2013); <http://www.br.de/nachrichten/oberfranken/hof-umbenennung-dietlein-strasse-100.html> (3.7.2013); <http://www.br.de/nachrichten/oberfranken/hof-umbenennung> ... (3.9.2013); <http://www.br.de/nachrichten/oberfranken/hof-umbenennung> ... (17.10.2013); <http://www.br.de/nachrichten/oberfranken/hof-umbenennung> ... (29.11.2013).

- „(...) somit bleibt Hof weiterhin eine Nazi-Hochburg.“

V. Gegner einer Umbenennung: Wortmeldungen und Argumentationsweisen

Die meisten öffentlichen Wortmeldungen stammten von Gegnern einer Umbenennung, wobei auf den digitalen Plattformen die anonymen Kommentatoren besonders häufig hervortraten. Die Äußerungen und Argumente der Gegner verrieten völliges Unverständnis der politisch-historischen Problematik und drückten Missfallen und scharfe Ablehnung aus. Kommentare enthielten antijüdische Ressentiments. „Kippaträgern“ wurde das Interesse daran zugeschrieben, die Erinnerung an die NS-Vergangenheit wach zu halten.

V.1 Schluss! Schwamm drüber! Aufhören!

Eine der am meisten von Gegnern einer Umbenennung gebrauchten Parolen war die, endlich Schluss zu machen mit jeglicher Vergangenheitsbewältigung:

- „Sollte man die NS-Zeit nicht endlich mal ruhen lassen. Man wird dieses Thema nie ganz vom Tisch kriegen und nach über sechzig Jahren sollte man sich nicht andauernd um die Vergangenheit kümmern (...) wir haben in der Gegenwart genug Probleme, die gelöst werden sollte, (...)...Es reicht mit diesem Thema!!!“ [anonym]
- „Wann ist denn die Aufbereitung mal abgeschlossen? Wie lange müssen wir uns noch mit dem Thema rumärgern? Mein Großvater ist in Russland gefallen. Mein Enkel ist mittlerweile 10 Jahre alt. Inwieweit muss mein Enkel noch mit diesem Mist belangt werden. Es reicht!!! „ [anonym]
- „...ganz recht, wann ist denn endlich Schluss.“ [anonym]
- „»Beschäftigung mit der Vergangenheit solle ein immerwährender Prozess sein«. Unsinn der Sonderklasse. Dass man sich immerwährend mit der leidigen Vergangenheit beschäftigen muss, dafür sorgt neben der ausländischen Presse einige ewig gestrige und leider auch diverse Kippaträger. (...) immerwährende Geiselung und Demutshaltung – da hab ich die Schnauze gestrichen voll.“ [anonym]
- „Schluss damit. Der Stadtrat hat m.E. richtig entschieden [eine Umbenennung abzulehnen - A.M.] und dabei sollten wir es nun endlich belassen.“ [anonym]
- „Lasst endlich die toten ruhen, mir sind solche Streitereien völlig egal“ [anonym]
- „(...) einfach nur lächerlich, sich überhaupt mit einer namensänderung zu befassen. es gibt wichtigeres. frag mich nur wer den punkt zur tagesordnung gebracht hat. schluss damit jetzt. ich will nix mehr lesen.“ [anonym]
- „Macht endlich Schluss mit dieser sinnlosen, linken Dietlein-Affäre.“ [anonym]

V.2 Unwissenheit, Unbekanntheit und Desinteresse als Kriterium und Maßstab für die Beibehaltung des Straßennamens

Anonyme Kommentatoren führten gegen eine Umbenennung wiederholt ins Feld, der ehemalige Stadtarchivar sei doch eine weithin unbekannte Person. Dies gelte erst Recht für die jüngere Generation. Wer wisse schon, wer Dietlein war und was sein Verdienst bzw. seine Untat gewesen sei. Mache man sich zum Beispiel über Wikipedia kundig, dann stelle sich heraus, dass Dietlein „nur ein kleines Licht“ gewesen sei, dem jetzt über Gebühr Aufmerksamkeit geschenkt und politische Bedeutung zugemessen werde. Da großes Unwissen herrsche, störten sich viele Bürger gar nicht an diesem – nichtssagenden – Straßennamen. Also belasse man es dabei. Die anonymen Kommentatoren, die

Unwissenheit und Unbekanntheit zum Kriterium und Maßstab ihrer ablehnenden Stellungnahmen machten, zeigten zugleich ihren Unwillen, sich mit der politischen Lebensgeschichte Dietleins vertraut zu machen. Diese Sichtweise korrespondierte mit der Forderung, den „sinnlosen“/ „schwachsinnigen“/ „linken“/ „kleinkarierten“/ „lächerlichen“/ „kindischen“ Streit sofort zu beenden. Die erhobenen Daten lassen die Hypothese zu: Je weniger historisches und zeitgeschichtliches Wissen, desto entschiedener und schroffer die Ablehnung einer Umbenennung.

- „Wer weiß schon wer Dr. Dietlein war? Wenns nicht mal mehr ne Straße gibt um auf dieses Thema gestoßen zu werden?“ [anonym]
- „Dr. Dietlein war eh nur ein kleines Licht in der damaligen politischen Landschaft (...) wer kennt denn schon Dr. Dietlein wirklich. Da muss man schon Wikipedia fragen und dann stellt man sich die Frage, ob die Diskussion um Dietlein es überhaupt wert ist. Also (...) raushalten. Es stört keinen und die Umbenennung will keiner. Die Entscheidung des Stadtrats ist gut so“ [anonym]

V.3 Lächerlich machen der gegnerischen Position und Forderung

- „... protestiert, gebietet dem Schwachsinnigen Einhalt.“ [anonym]
- „... Sich über eine Änderung Gedanken zu machen ist kleinkariert.“ [anonym]
- „Die Farce ist vorbei!!! Alles andere wäre ein Trauerspiel gewesen“ [anonym; nach der Ablehnung einer Umbenennung im Stadtrat]

V.4 Historische Relativierung mit Beispielen prominenter Persönlichkeiten aus Politik und Kultur

Gegen eine Umbenennung wurde häufig relativierend eingewandt, vielerorts würden auf Straßenschildern die Namen zahlreicher großer Männer und prominenter Persönlichkeiten aus Politik und Kultur vergangener Zeiten beibehalten, obschon ihre Namensträger Schlimmes und Verabscheuungswürdiges gesagt und getan hätten, darunter bekannte Antisemiten und Kriegsherren. Kommentatoren nennen zum Beispiel Martin Luther, Konrad Adenauer, Henry Ford und Richard Wagner. Ernst Dietlein sei dagegen – im Vergleich – ein harmloser Fall, der viel zu hoch gespielt werde. Also lasse man es bei den Straßennamen, die nun einmal – vielleicht zu unbedacht – beschlossen worden waren. Eine weitere Beschäftigung damit wird für überflüssig gehalten. Diese historisch relativierende Argumentationsweise, die zugleich den Nationalsozialismus als historisch singuläre Form der Gewaltherrschaft relativiert, korrespondiert mit Entproblematierungs- und Bagatellisierungsargumenten. Sie zieht außerdem Umbenennungsforderungen ins Lächerliche.

- „Wenn wir schon dabei sind, Beethoven hatte auch antisemitische Ansichten, wollen wir nun auch das aufarbeiten? Wäre wohl »längst überfällig« ... und die Ode an die Freude als Europahymne von einem Judenhasser? Unvorstellbar ... halt dich ran Hof ... am besten wir errichten um die Stadt einen Antifaschistischen Schutzwall!!!“ [anonym]
- „Richard Wagner war bekennender Antisemit. Da wird wohl auch dieser Straßennamen bald wackeln.“ [anonym]
- „Dann Konrad-Adenauer-Platz [...] Er war ja Mitglied der NSDAP.“¹¹¹¹ [anonym]

¹¹¹¹ Konrad Adenauer war kein NSDAP-Mitglied. In der Zeit des Nationalsozialismus wurde der ehemalige Politiker des Zentrums seiner Ämter enthoben und zeitweise inhaftiert.

- „Wer jetzt noch fehlt ... wäre Henry Ford“¹¹¹² [anonym]
- „Die Richard Wagner Festspiele (...) muß man unbedingt sofort in Oberfranken-Festspiele umbenennen. Erst dann können wir alle wieder gut schlafen.“ [anonym]
- „Daß der lutherische Dekan [gemeint ist Dekan Günter Saalfrank, Hof – A.M.] mit einer Dr.-Dietlein-Straße keine Probleme hat, ist klar. Er nennt sich Lutheraner und Luther hat weit mehr Menschen auf dem Gewissen als Dietlein. Um ihre Rechte kämpfende Bauern, friedfertige Andersgläubige, angebliche Hexen, Behinderte und viele mehr. Er forderte die Judenverfolgung und trieb die Menschen damals auch in den Krieg, und für Hitler war Luther ein »großer Deutscher«. Wie wärs, wenn man den alten Dietlein mal Dietlein sein lässt und hier mal den Hebel ansetzt? Die Lutherstraßen umbenennen (...) die Allgemeinheit sollte mit diesem Straßennamen nicht mehr belastet werden.“ [anonym]
- „(...) jetzt wird sich wegen eines Straßennamens aufgeregt. Napoleon hat nichts anderes gemacht und wird heute noch auf Korsika als der grosse Schlachtenlenker verehrt, obwohl er für seine Heimat Korsika nichts, aber auch gar nichts übrig hatte.“ [anonym]
- „Die Linke hat in einer anderen Stadt 2011 den Kampf um einen E.-Thälmann-Platz verloren. Damals übrigens eine Forderung der Grünen. Aber außer ein paar heftigen Diskussionen und ein wenig Polemik eines dortigen Stadtrates der Linken ist nicht viel geblieben (...) Der Name Thälmann war nämlich noch belasteter. Und es zeigt auch, wie problematisch Namensgebungen nach dem jeweiligen Zeitgeist sind.“ [anonym]

V.5 Entproblematisierung/Bagatellisierung

- „es gibt Wichtigeres!!!“ [anonym]
- „Mal ehrlich. Wann werden in Hof mal wahre Probleme analysiert und die entsprechenden Konsequenzen gezogen?????“ [anonym]
- „Als ob es keine anderen Probleme gäbe (...) Einfach nur lächerlich.“ [anonym]
- „Der Stadtrat hat sicherlich Wichtigeres zu tun, als sich mit Straßennamensänderungen herumzuschlagen.“ [anonym]
- „... würde ich ebenfalls mit unterschreiben, obwohl ich dort gar nicht wohne – lediglich um diesen kindischen Kram zu gebieten.“ [anonym]
- „[...] Vielleicht verstehen dann die Damen und Herren Stadträte endlich, dass es durchaus größere Probleme für unsre »Aufsteigerstadt« gibt (...).“ [anonym]
- „Hof kümmert sich halt ... Aber gäbe es nichts wichtigeres, vor allem in Hof? Es ist ja nicht gerade der Adolf-Hitler-Ring, der hier umbenannt werden muss.“ [anonym]
- „Jahrzehnte hat das keinen interessiert (...) Da haben einige anscheinend nichts zu tun um solchen Schwachsinn zu initiieren (...) Lasst einfach alles wie es ist – hat bisher keine gestört und wird sicherlich die meisten nicht stören (...).“ [anonym]

¹¹¹² Der US-amerikanische Unternehmer Henry Ford (1863-1972), ein international bekannter Antisemit, publizierte 1921 unter dem Titel „The International Jew“ (deutsch: „Der Internationale Jude. Ein Weltproblem“) eine antisemitische Schrift, die in den USA und in den 1930 Jahren auch in Deutschland mehrmals aufgelegt wurde. (Vgl. Eifert, Antisemit).

V.6 Wichtigere Probleme: Relativierung der Problematik mit Beispielen aus der Stadtpolitik (Straßenbau, Gehsteige...)

- „Diese für das Wohlergehen von Hof wichtige Diskussion zeigt (u.a.), dass Frostschäden auf einigen Gehsteigen, z.B. im Südring, drittrangig sind. Seit drei (vier?) Jahren stehen da vier Schilder, die ihn sperren ...“ [anonym]

V.7 Politisch-administrative Verfahrensfragen; Bürgerbeteiligung am Entscheidungsprozess

- „(...) vor vollendete Tatsachen stellen (...) das Spiel kennen wir schon → siehe Schulwald. Die Anwohner sind auch erst durch die Presse darauf aufmerksam geworden (...).“ [anonym]

V.8 Das Kosten-Argument

- „(...) Kosten dieser sinnlosen Umbenennungen (...) – All das was jetzt überall mit der Vergangenheit aufgewühlt wird, hätte man in 50er Jahren aufarbeiten müssen. Die heutige Jugend will doch von den ganzen Nazi Mist nichts mehr wissen. Straßen und Plätze ändern ist reine Geldverschwendung und Schikane für die Anwohner.“ [anonym]

V.9 Die Nazi-Keule der linken Gutmenschen

- „Anscheinend können die linken Gutmenschen Entscheidungen nicht akzeptieren. Ich habe den Eindruck jetzt wird langsam wieder die Nazikeule geschwungen. Rate deshalb dem Stadtrat sich nicht in die rechte Ecke drängen zu lassen“ [anonym]
- „Ich frage mich wie die Gutmenschen der Politik mit ihren Eltern und Verwandten[!], die in der Nazizeit auch einmal die rechte Hand zum Hitlergruß gehoben haben, umgehen bzw. umgegangen sind. Oder waren das alle keine Anhänger? Dann frage ich mich schon wo kamen den[n] die ganzen Nazis her?“ [anonym]
- „Gibt es doch nix grauslicheres als diese pathologisch auftretenden vermeintlichen Gutmenschen. ... Man MUSS den Stadträten nur Standfestigkeit gegenüber diesen Labertaschen wünschen.“ [anonym]
- „Mit dem unwürdigen Umbenennungsspektakel der Gutmenschenmafia hat man jetzt schon das honorige Ansehen Dr. Dietleins massiv beschädigt.“ [Freies Netz Süd]

V.10 Verbetene Einmischung von außen

- „Was geht das einen Professor aus Passau an? [gemeint war der Verfasser, der ein Interview mit der FP geführt hatte] Sollten wir nun auch einen Experten aus Timbuktu nach seiner Meinung fragen?“ [anonym]
- „abiturient, akademiker, doktor, professor – sind das die garanten für wissen und wahrheit? wohl nicht, was die jüngere vergangenheit zeigt. frag mich selbst oft bei dem einen oder anderen kommentar, erst nachdenken, dann abschicken. übrigens die mintzel-druck [Firma - A.M.] ist zum 2. mal in insolvenz – ich kanns nicht lassen! sorry“¹¹¹³ [anonym]

¹¹¹³ Die Firma „Mintzel-Druck“, die 1625 in Leipzig gegründet und 1642 nach Hof überführt worden war, galt bis 2013 als die älteste Druckerei Deutschlands in Familienhand. Sie war bis dahin von den Druckerdynastien Mintzel/Hoermann geführt worden. Die Entwicklungen im Druckereigewerbe führten zu ihrem Untergang. Die Wortmeldung verrät Schadenfreude und Häme, die wohl auf den Autor dieses Beitrages zielt. Der Verfasser ist ein direkter Nachkomme der Hofer

Unter den anonymen Wortmeldungen gab es aber, obschon nur in geringer Zahl, welche, die entschieden für eine Umbenennung plädierten und andere Kommentatoren zum Teil schroff zurecht wiesen.

VI. Stellungnahmen der Befürworter einer Umbenennung

VI.1 Die Leserbriefe (insgesamt 29, gekürzt, nur die Kernaussage zitiert)

Pro Umbenennung (18 Leserbriefe)

- „Bisher waren wir stolz auf die Stadt Hof, die sich erfolgreich gegen Aufmärsche von Neonazis zur Wehr gesetzt hat. Umso größer ist unsere Empörung über die Entscheidung des Hofer Stadtrates, der mehrheitlich für die Beibehaltung der Namensgebung Dr.-Dietlein-Straße gestimmt hat.“ (Dr. Christian Stier/Dr. Constanze Stier, Hof, FP 03.7.2013)
- „Die Angst der Mitglieder des Hofer Stadtrats bei der nächsten Stadtratswahl zu verlieren, kam bei dieser Abstimmung wieder einmal zum Ausdruck.“ (Alfred Praller, Hof, FP 08.7.2013)
- „Anfang der Sechziger, zur Zeit der Benennung der Dr.-Dietlein-Straße tendierte die Mehrheit der Deutschen dazu, einen Schlussstrich zu ziehen unter die Verstrickung der Menschen in die NS-Zeit, was zum Beispiel den Frankfurter Oberstaatsanwalt Fritz Bauer als Leiter der Zentralstelle für NS-Unrecht schier verzweifeln ließ (...) Ich bin gespannt auf den Text der Gedenktafel.“ (Peter Goesmann, Hof, FP 13.7.2013)
- „Einmalig aber ist das Wirken der NSDAP. Von 1933 bis 1945 (...) Allein deswegen ist ein Straßennamen für einen Vertreter dieser politischen Gruppierung völlig unangebracht und ein nachträglicher Schlag ins Gesicht der Opfer.“ (Fritz Wurzbacher, Hof, FP 13.7.2013)
- „Ist Hof noch bunt? Nicht nur ich war entsetzt, als ich vom Beschluss des Stadtrats gelesen habe, dass diese Straße nicht umbenannt wird. Mir und vielen anderen Hofern ist es unverständlich, wie eine im Vorfeld klare Mehrheit für die Umbenennung gekippt wurde. (...) Jetzt muss auch noch die unsägliche Vergangenheit des Dr. Dietlein auf einer Tafel beschönigend für alle sichtbar festgeschrieben werden.“ (Gerhard Lutz, Hof, FP 7.8.2013)
- „Schlimm ist, dass im Textentwurf der Stadtverwaltung Dietlein vom Naziaktivisten zum armen verführbaren Opfer dieser Ideologie stilisiert wird. (...) Wie man es dreht und wendet: Die Dr.-Dietlein-Straße ist für den Hofer Stadtrat zur Sackgasse geworden.“ (Pfarrer Johannes Taig, Hof, FP 13.10.2013)
- „(...) nur wenige Straßenzüge weiter wird ein Nazi geehrt, welcher ein Hohn.“ (Robert Zipfel, Hof, FP 18.10.2013)
- „Die Quadratur des Kreises möchte der Hofer Stadtrat lösen, wenn er an einer Informationstafel für die Dietlein-Straße festhält. Denn es ist nicht mehr zu bestreiten, dass Dr. Dietlein ein überzeugter Nationalsozialist und glühender Anhänger Adolf Hitlers war (...). Die Hofer Stadträte wären also gut beraten, wenn sie über ihren eigenen und den Schatten Dietleins springen und seine Straße umbenennen würden.“ (Dr. Axel Herrmann, Hof, FP 19.10.2013)

Druckerdynastie Mintzel, war aber mit der Firma nicht geschäftlich verbunden. Er hat die zweibändige Firmen- und Familiengeschichte verfasst (Mintzel, Kunst).

- „Dr. Dietlein war ein Nazi und wird es immer bleiben. Er trägt Mitverantwortung, dass es möglich wurde, dass Millionen Menschen als politisch und religiös verfolgte, aber auch als Soldaten, in Gaskammern, Kerkern oder auf den Schlachtfeldern getötet wurden. Ihrer ist zu gedenken. Einem Opportunisten, der dann ein Stadtarchiv »führte«, wohl eher nicht. (...) Unsere Demokratie ist ein fragiles System, das es immer zu verteidigen gilt.“ (Horst Schlisio, Hof, FP 19.10.2013)
- „Oder ist es nicht an der Zeit, dass der Stadtrat seinen Tanz um das goldene Kalb beendet und die Möglichkeit wahrnimmt, seine Meinung zu ändern oder Fehler einzugestehen. (...) Der Stadtrat hat sich in eine Sackgasse manövriert.“ (Jörg Ogrowsky, Hof, FP 23.10.2013)
- „Die geplante Tafel zu Dr. Dietleins Wirken stellt ihn als Persönlichkeit noch mehr in den Vordergrund. (...) Bei der General-Hüttner-Kaserne ging der Namenswechsel ratzfatz.“ (Gerlinde Bittner, Hof, FP 23.10.2013)
- „Es ist nicht einzusehen, warum manche Stadträte falsche Vorbilder, also Nazi-Denkmäler, für Straßennamen brauchen. In der Logik der Sachlage ist ein Bürgerentscheid überflüssig. Hof kann sich keinen weiteren Imageverlust leisten.“ (Hans Büchler, Hof, 28.10.2013)
- „Noch ein Wort zu den immensen Kosten, die eine Umbenennung für die Anwohner bedeuten. Dieses Argument ist einfach lächerlich, denn viele Menschen ziehen um und haben auch diese Kosten, die übrigens sehr gering sind, zu tragen Als Anwohner wäre es mir unerträglich, in einer Straße zu wohnen, die nach einem überzeugten Nationalsozialisten benannt wurde.“ (Albin Schödel, Hof, FP 31.10.2013)
- „Was liegt also näher, als diese Straße nach einem Opfer der Nazis einem Kämpfer gegen diese unmenschliche Ideologie und einem Mahner zu benennen? (...) Ich schlage deshalb vor, die Dr.-Dietlein-Straße in Marcel-Reich-Ranicki-Straße umzubenennen.“ (Detlef Scharf, Feilitzsch, FP 6.11.2013)
- „Als Teilnehmer an der Gedenkstunde zur Erinnerung an die Pogromnacht 1938 konnte ich keinen Streit feststellen. Was wir erlebten, war ein OB, der langatmig versuchte, sich und den Stadtrat in der Tragödie um die Dr.-Dietlein-Straße zu rechtfertigen. Zu kurz kamen unserer Meinung nach das Bedauern und die Trauer über die Geschehnisse 1938 und die Zeit bis 1945 im »braunen Hof«! (...) Auch Dr. Gonczarowskis Aussage zu den aktuellen Hakenkreuz-Schmierereien bedeutet kein »Ruhmesblatt« für die Stadt Hof und ihre Verwaltung.“ (Ursula Büttner-Schödel, Albin Schödel, Hof, FP 19.11.2013)
- „Was kann jemanden dazu bewegen für einen Straßennamen zu kämpfen, der einen bis zu seinem Tod überzeugten Nationalsozialisten ehrt? Ich kann das nicht verstehen!“ (Albin Schödel, Hof, FP 23.11.2013)
- „Gibt es denn unter den zirka 150 Anwohnern keinen, dem es peinlich ist, dass seine Straße nach einem ehemaligen überzeugten Nationalsozialisten und Hitler-Anhänger benannt ist? Es gibt doch zwischenzeitlich eine Reihe von seriösen Mitbürgern, die sich mit der Vergangenheit von Dr. Dietlein beschäftigt haben. So zum Beispiel Dr. Jakob Gonczarowski, Professor Merkel, Dr. Herrmann, jetzt auch Dekan Saalfrank, Pfarrer Taig mit dem gesamten Kirchenvorstand, Professor Mintzel, Alt-OB Döhla und andere. (...). Kein Schild, kein Ratsbegehren (...), Ende weiterer negativer Reklame von Hof im Bayerischen Rundfunk und Landtag und eine schnelle, klare und einstimmige Entscheidung für eine Umbenennung in »Bonhoeffer-Straße (...)«, (Rudolf Dülp, Hof, FP 25.11.2013)

- „Dass man aber über ein Jahr sich dagegen gesträubt hat, ist mehr als bedauerlich. Unser Oberbürgermeister taktiert für den Wahlkampf. (...) Wenn Herr Fichtner schon Bonhoeffer zitiert, darf er auch mal über die Worte nachdenken. »Den größten Fehler, den man machen kann, ist Angst zu haben, einen Fehler zu machen.«“ (Michael Ammon, Hof, FP 4.12.2013)

Contra Umbenennung (6 Leserbriefe)

- „Ich habe zirka 1968 an einem Seminar für politische Bildung teilgenommen. Die Leitung hatte ein ehemaliger Widerstandskämpfer (...) Für große Heiterkeit unter den Zuhörern sorgte dessen Hinweis, dass sich vor allem nach dem Krieg die Zahl der Widerstandskämpfer stark vermehrt hat. Ich habe den Eindruck, dass dieser Vorgang 68 Jahre nach Kriegsende noch immer nicht abgeschlossen ist (...) Ich respektiere die Entscheidung der Stadträte zur Einführung und Beibehaltung des Namens »Dr.-Dietlein-Straße« (...) Nach unserem christlichen Verständnis sollte man alle Toten in Frieden ruhen lassen.“ (Karl Edelmann, Döhlau, FP 23.10.2013)
- „Erst die Kritiker der Straßennamen, die sich stark für eine Umbenennung machen, haben diese Thematik ins Rampenlicht gezerrt und damit ihren Bestrebungen nach politischer Korrektheit einen Bärendienst erwiesen. Unsere Stadt hat wichtigere Probleme.“ (Klaus Gemeinhardt, Hof, FP 26.10.2013)
- „Die mit 82 Prozent getragene Stadtratsentscheidung, den Straßennamen beizubehalten und eine Tafel zu erstellen, fand bisher keine Umsetzung. (...) Bereits im Juli sind die Anwohner der Dr.-Dietlein-Straße einem Spendenaufruf gefolgt, um sich mit den anonym eingegangenen Geldern an den Kosten für die geplante Tafel zu beteiligen. Zur Aufstellung wollten sie das Geld an den Oberbürgermeister übergeben. (...) Nun warten die Geldgeber auf die Aufstellung der Tafel (...). Fragt sich nur: Wie lange noch?“ (Günter Neumann, Hof, FP 9.11.2013)
- „Die Debatte um die Umbenennung der Dr.-Dietlein-Straße nimmt für mich immer mehr absonderliche Formen an (...) Wer am 31. Oktober in der Frankenpost den Artikel »Der Reformator und seine Schattenseiten« gelesen hat, dem stellt sich unwillkürlich die Frage, ob nicht ebenfalls alle Martin-Luther-Straßen umbenannt werden müssen. Ich halte das Anbringen einer Info-Tafel für einen guten Kompromiss.“ (Karl Edelmann, Döhlau, FP 20.11.2013)
- „Es wurde bereits eine einverständene und angemessene Entscheidung für die Dr.-Dietlein-Straße getroffen! Was bewegt den Stadtrat, die mehrheitliche Beschlussfassung erneut auf den Prüfstand zu setzen? Mittlerweile ist die Dr.-Dietlein-Straße im Landtag »gelandet«. (...) Ministerpräsident Horst Seehofer fordert in Hof mehr Bürgernähe, auf die Bürger eingehen! (...) Dieses Hinauszögern, Warten mit auf die lange Bank schieben, ist das des Amtes Aufgabe? Warum sollte ich 2014 zur Wahl des Stadtrates gehen? Benötigen wir einen Stadtrat, dem gewisse Befugnisse – Haushaltsanfragen in Bayreuth – bereits entzogen sind und der sich selbst deklassiert?“ (Hermann Reimer, Hof, FP 28.11.2013)
- „Allen Bürgern wird für das Interesse, die Meinungsumfragen und die Teilnahme an der Stadtratssitzung gedankt. Das »einknicken« unserer zahlreichen intellektuellen Volksvertreter ist der Beweis dafür, dass das Interesse der Bürger schlichtweg ignoriert wird. Mehr Mut und frühzeitige, weitblickende Tatkraft wären erforderlich ge-

wesen, hätte man anders aus der inzwischen entstandenen Bredouille kommen wollen. (...) 93 Prozent der Bürger haben für die Beibehaltung votiert, lediglich 7 Prozent wollten eine Umbenennung.“¹¹¹⁴ (Markus Neumann, Hof, FP 4.12.2013)

Unentschieden/ambivalent? (4 Leserbriefe)

- „Nachdem ich seit einigen Monaten mehr oder weniger amüsiert die Diskussion um die Umbenennung der Dr.-Dietlein-Straße verfolge, kam mir der Gedanke, dass doch eigentlich all die nachkriegsdeutschen Gutmenschen, soweit sie ein Fahrzeug der Marke VW fahren, die Typenplaketten von ihren Fahrzeugen abnehmen müssten. Immerhin wurde das Volkswagen-Werk in Wolfsburg bekanntlich von Adolf Hitler persönlich aus der Taufe gehoben. (...) Aber wahrscheinlich sind diese Tatsachen den wenigsten Menschen bekannt, und so konnte auch ich als in Hof Zugereister bis zum Beginn der Diskussion mit dem Namen Dr. Dietlein nichts anfangen.“ (Prof. Dr. Bernd Schneiderbanger, Hof, FP 18.11.2013)
- „Man mag über die Namensgebung, die bereits einige Zeit zurückliegt und an die Vergangenheit des Dr. Dietlein denken, wie man will. Fakt ist doch, dass diese Straße seit jeher diese Namen trägt. Seit Jahrzehnten leben dort mehrere Hundert Leute mit diesem Straßennamen und keinen hat es bisher gestört. (...) Was hindert die Befürworter der Umbenennung daran »Klinken zu putzen«, die Bewohner bei Hausbesuchen von der Notwendigkeit der Namensänderung zu überzeugen und sich die Zustimmung dazu von den betroffenen Bürgern direkt vor Ort abzuholen.“ (Günther Feitenhansl, Hof, FP 21.11.2013)
- „Benötigen wir einen Stadtrat, dem gewisse Befugnisse – Haushaltsanfragen in Bayreuth – bereits entzogen sind und der sich selbst deklassiert? Wäre es nicht pragmatischer, dass die Regierungsstadt Bayreuth uns Hofer mitregiert?“ (Hermann Reimer, Hof, FP 28.11.2013)
- „Hatte man die Beweggründe zur Umbenennung 1964 noch nicht gewusst? Wir schreiben 2013, 68 Jahre nach Kriegsende, 50 Jahre nach der Umbenennung.“ (Rüdiger Semm, früher Hof, Olbersdorf, FP 4.12.2013)

VI.2 Der Kreis um Pfarrer Johannes Taig

Johannes Taig, Pfarrer an der Hofer Hospitalkirche, zu dieser Zeit (noch) Mitglied der Landessynode der Evangelisch-lutherischen Kirche Bayerns und Internetbeauftragter im Evangelisch-lutherischen Dekanat Hof, wurde im kirchlichen Bereich der Stadt Hof im Streitfall Dr. Dietlein-Straße zu einem engagierten Akteur. Er setzte sich für eine Umbenennung ein und stellte dafür seine amtliche digitale Plattform (Facebook, Presspiegel, Terminkalender, Newsletter) in den Dienst der Information und Kommunikation über den Streitfall (siehe Schema 1).¹¹¹⁵ Pfarrer Taig berichtete auf dieser Plattform über den Verlauf der Auseinandersetzungen, dokumentierte Leserbriefe und offizielle

¹¹¹⁴ Es drehte sich um eine methodisch stümperhafte ad-hoc-Umfrage von Günter und Markus Neumann, deren dilettantische Auszahlungsergebnisse keine statistische Aussage darüber erlaubten, „wohin der Bürgerwille geht.“ Frankenpost vom 27.11.2013.

¹¹¹⁵ Der Hospitalbrief, Dezember 2013, S.1f, 14ff; <http://www.dekanat-hof.de/aktuell.htm> (Immer aktuell – Dekanat aktuell); <https://www.facebook.com/dekanat/hof> und <https://www.facebook.com/hospitalkirche.hof>; <http://hospitalkirche-hof.de/predigtarchiv.htm> (Die Predigtseite mit Podcast); <http://www.dekanat-hof.de/presseecke.htm> (Der Presspiegel); <http://www.dekanat-hof.de/aktuell.htm#sonntagsblatt> (Die Sonntagsbeilage); <http://www.dekanat-hof.de/news.xml> (Der Newsfeed); <http://www.dekanat-hof.de/newsletter.htm> (Der Newsletter).

Schreiben des Stadtrats, der Stadtverwaltung, des Dekanats sowie anderer Institutionen und Organisationen. Er machte als Internetbeauftragter des Dekanats die kirchenamtliche Plattform neben der Frankenpost zu einer wichtigen Informationsquelle für Gemeindeglieder und Interessierte. Er erreichte damit etwa 250 Personen. Es war Pfarrer Taig, der von sich aus die Dietlein betreffenden Teile meiner Publikation über „Prominente Hofer im Schatten des Hakenkreuzes“ (2013) ins Internet stellte, so dass sie als Expertise und Beweismittel dienen konnten.¹¹¹⁶ Und es war Taig, der aus meinem Werk „Von der Schwarzen Kunst zur Druckindustrie“ (2011) die einschlägigen Teilstücke entnahm und im Internet präsentierte, die über die Schicksale Hofer Juden im „Dritten Reich“ berichten.¹¹¹⁷ Er versah seine Auszüge aus meinen Schriften mit Kommentaren und weiteren Informationen und wurde zu einem der wichtigsten Verteiler von Informationen über Dietleins Wirken in der NS-Zeit.

Um den Gemeindepfarrer an der Hospitalkirche bildete sich im Verlauf des Streites ein kleiner engagierter Kreis von akademischen Amtsträgern und politischen Mandataren, die bemüht waren, aus der verfahrenen Situation einen historisch-politisch verantwortbaren und in die Zukunft führenden Ausweg zu finden. Die informellen Mitglieder dieses Kreises hielten eine Umbenennung der Dr. Dietlein-Straße für unumgänglich. Mit seinen Aktivitäten wurde Taig zum offenen Gegenspieler¹¹¹⁸ des evangelisch-lutherischen Dekans Günter Saalfrank, der sich für eine Beibehaltung des Straßennamens ausgesprochen und den Beschluss des Stadtrates vom 28.6.2013, es bei diesem Namen zu belassen, als „eine weise Entscheidung“ begrüßt hatte.¹¹¹⁹ Im Kirchensprengel Hof kam es durch die Kontroversen zwischen Johannes Taig und Günter Saalfrank unter Kirchenmitgliedern zu einem spannungsreichen Gegensatz zwischen Befürwortern und Gegnern einer Umbenennung, wobei Pfarrer Taig die Unterstützung seiner Gemeinde fand. Es

¹¹¹⁶ Johannes Taig: Die Nicht-Umbenennung der Dr.-Dietlein-Straße... <http://www.dekanat-hof.de/newsletter.htm> (2.7.2013); Johannes Taig: Die (Nicht-) Umbenennung der Dr.-Dietlein-Straße – zur Aufarbeitung der NS-Zeit in Hof. [http://www.dekanat-hof.de/meinungdesmonats/meinungaugl ...](http://www.dekanat-hof.de/meinungdesmonats/meinungaugl...) (29.12.2013).

¹¹¹⁷ Mintzel, Kunst, Band II, S. 439ff, 454ff.

¹¹¹⁸ <http://www.facebook.com/notes/hospitalkirche-hof/die-nicht-umbenennung-der-dr-di...> (23.7.2013).

¹¹¹⁹ <http://www.facebook.com/notes/evang-luth-dekanat-hof/zur-entscheidung-des-hofer-...> (23.7.2013). In seiner Stellungnahme berief sich Dekan Günter Saalfrank auf meinen Beitrag über „Prominente Hofer im Schatten des Hakenkreuzes“: „Ich halte es für eine weise Entscheidung des Hofer Stadtrates, die Dr.-Dietlein-Straße nicht umzubenennen und stattdessen als Ergänzung des Straßenschildes eine Tafel mit einer kritischen Kurzbiografie aufzustellen. Die jüngste Ausarbeitung von Professor Alf Mintzel zeigte die zwei Gesichter des ehemaligen Hofer Stadtarchivars, Lehrers und Pfarrers. Auf der einen Seite den überzeugten und enthusiastischen Nationalsozialisten. Auf der anderen Seite den Pfarrer, der sich im Laufe der Zeit wegen der Kirchenpolitik der NSDAP der oppositionellen Bekennenden Kirche angeschlossen hat. Trotz dieser Distanzierung hat sich Dietleins deutlicher Antisemitismus durchgehalten. (...) Die Arbeit des Soziologen und Parteienforschers Mintzel zeichnete ein differenziertes Bild Dietleins. Dazu passt es, dass nun auf einer Tafel seine Person kritisch gewürdigt wird. (...) Mit diesem Beschluss des Hofer Stadtrates (...) ist es freilich im Blick auf die NS-Vergangenheit der Stadt nicht getan. Weil Hof eine braune Hochburg in Oberfranken bildete, muss die Stadtgeschichte vorbehaltlos aufgearbeitet werden (...) Dass Licht in das Dunkel der NS-Zeit kommt, daran liegt uns als evangelische Kirche insgesamt wie auch mir als Dekan persönlich.“ Siehe hierzu den Kommentar Pfarrer Johannes Taigs: <http://www.facebook.com/notes/hospitalkirche-hof/die-nicht-umbenennung-der-dr-dietlein-stra%C3%9F-e-in-hof> (23.7.2013). Siehe auch: [http://www.frankenpost.de/lokal/hofrehau/hof-stadt/Dekan-ist-zufrieden;art2390,2663 ...](http://www.frankenpost.de/lokal/hofrehau/hof-stadt/Dekan-ist-zufrieden;art2390,2663...) (29.6.2013).

ging ja nicht nur darum, wie Bürger der Stadt Hof allgemein mit der nationalsozialistischen Vergangenheit umgehen, sondern um einen der früheren Hofer kirchlichen Amtsträger und dessen tiefe Verwicklung in das NS-Regime.

Pfarrer Taig wurde in der bayerischen Synodalwahl 2014 nicht wiedergewählt. Ihm wurde vermutlich angelastet, sich gegen die Position des Hofer Dekans Saalfrank gestellt und eine „Spaltung“ der Hofer Kirchengemeinde hervorgerufen zu haben.¹¹²⁰

VII. Fazit

Viele Bürger und Repräsentanten Hofs taten sich schwer im Umgang mit der NS-Vergangenheit der Stadt. Aus zahlreichen Wortmeldungen zum Streitfall ging hervor, dass in der Einwohnerschaft und in Bevölkerungskreisen im Umkreis der Stadt die Neigung vorherrschte, nicht mehr über die NS-Vergangenheit zu streiten und auch über individuelle Verstrickungen ehemaliger Bürger und Amtsträger in das NS Regime nicht mehr zu urteilen. Die „Schwamm-drüber-Haltung“ war weit verbreitet. „Macht endlich Schluss damit!“ war die gängige Parole. Dabei wurde deutlich das zeitliche Gefühl geäußert, dass die NS-Geschichte Deutschlands schon zu weit zurückliege, um noch „Vergangenheitsbewältigung“ betreiben zu wollen. Unüberhörbar war in vielen Äußerungen der Unwille, sich überhaupt mit der Persönlichkeit Dietleins und dessen Wirken im „Dritten Reich“ zu befassen. Tenor: „Das interessiert mich nicht!“ Interesse an einer Aufarbeitung der nationalsozialistischen Stadtgeschichte zeigte unter den vielstimmigen Wortmeldungen nur eine Minderheit. Von den Beiträgen zur Hofer NS-Geschichte, die der Nordoberfränkischen Verein seit Ende der 1990er Jahre in seinen Schriftenreihen herausgab, hatten nur wenig zur Kenntnis, wie überhaupt das Interesse an der Stadtgeschichte gering war.¹¹²¹ Der Streitfall „Dietlein“ zeigte, dass das weit verbreitete Desinteresse und die Widerstände gegen eine Auseinandersetzung mit dem NS-Regime und seinen Tätern rechtsradikalen und neonazistischen Umtrieben Vorschub leistete, weil sie es einer demokratischen Gegenwehr schwer machten, neonazistischer Agitation Paroli zu bieten. Die Wortmeldungen vieler Gegner einer Umbenennung ähnelten sprachlich den Parolen der „Kameradschaften“ im neonazistischen „Freien Netz Süd“. Hätte der Antrag der CSU-Fraktion im Stadtrat eine Mehrheit gefunden, die wahlberechtigten Bürger in einem Bürgerentscheid darüber abstimmen zu lassen, ob der Straßename umbenannt oder beibehalten werden soll, wäre es „angesichts einer überwiegend indifferenten bis hämischen und völlig uninformierten Bevölkerung beim Status Quo geblieben.“¹¹²² Die meisten Bürger hätten vermutlich, vorausgesetzt Ratsbegehren und Bürgerentscheid wären überhaupt zustande gekommen, für eine Beibehaltung votiert. Die Stadt Hof und ihre Einwohner waren durch den erbitterten und zum Teil mit rechtsradikalen Parolen geführten Streit Gefahr gelaufen, zu einem negativen Lehrbeispiel des

¹¹²⁰ Johannes Taig in einer Mail vom 10.12.2013 an den Verfasser: „in der Tat ist es wohl so, dass mich mein Engagement in Sachen Dietlein-Str. mein Mandat in der Landessynode gekostet hat. Ein Dissens mit dem Dekan kommt bei den Kirchenvorstehern nicht gut an (...) Mir war es das wert und ich würde immer wieder so meine Meinung vertreten. Ich und meine Gemeinde bekommen auch sehr viele positive Rückmeldungen zu unserer klaren Haltung.“

¹¹²¹ Selbst die mit dem Streitfall befassten Stadträte scheinen die einschlägigen Publikationen des Nordoberfränkischen Vereins nicht gekannt zu haben. Laut Dr. Gisela Strunz in einer Mail an den Verfasser. vom 17.7.2013: „In Sachen Dietlein kommen wir nur sehr langsam voran. Vor allem weil hier kaum jemand Ihren Text kennt und gelesen hat. Das wollen wir ändern, wenn er erst im Internet steht.“ [gemeint war Mintzel, Hofer, S.171ff].

¹¹²² Dr. Gisela Strunz in einer Mail vom 18.11.2013 an den Verfasser.

Umgangs mit der NS-Zeit zu werden. Die Stadträte versuchten mit ihrer gemeinsamen „Erklärung“ vom 25.11.2013 und mit ihrem einstimmigen Beschluss vom 29.11.2013, dem negativen Image entgegenzuwirken und den innerstädtischen Frieden wieder herzustellen. Die „Erklärung“ hatte folgenden Wortlaut: „Die Diskussion um die Dr.-Dietlein-Straße muss beendet werden. Sie ist zur Belastung für die gesamte Stadt und ihr öffentliches Erscheinungsbild geworden. Mit einer Umbenennung der Dr.-Dietlein-Straße korrigieren wir den Stadtratsbeschluss vom 28. Juni 2013, der sich rückblickend als praktisch nicht umsetzbar erwiesen hat. Der Stadtrat hatte mit der Entscheidung vom Juni den Versuch gewagt, einen bewusst ungewöhnlichen und sachlich differenzierten Weg der Aufbereitung nationalsozialistischer Geschichte in unserer Stadt zu beschreiben. Dieser Weg in Form einer Informationstafel, welche über unterschiedliche Facetten in Dietleins Leben Auskunft hatte geben sollen, muss aus heutiger Sicht als gescheitert betrachtet werden. Wir betonen darüber hinaus im Einklang mit den Vertretern der christlichen Kirchen, dass die Umbenennung nicht generell als historisches Unwerturteil gegenüber Dr. Dietlein zu verstehen ist. Mit der nun angestrebten Umbenennung des Straßennamens wollen wir aber vielmehr die Ruhe im Umfeld der Straße wiederherstellen. Zudem ist es unerlässlich, sich auch wieder den für die Zukunft unserer Stadt grundlegend bedeutsamen Herausforderungen und Aufgaben zuzuwenden.“¹¹²³

Mitte Dezember 2013 hatte es einen Augenblick noch einmal so ausgesehen, als würde der Streit von neuem beginnen. Der „Sprecher“ einiger Anwohner der Dr.-Dietlein-Straße kündigte an, den Beschluss nicht hinzunehmen. Er strebe nun erst recht ein Bürgerbegehren in der Hoffnung an, dass mit einem Bürgerentscheid der Beschluss des Stadtrates doch gekippt werden könnte.¹¹²⁴ Sein letzter intransigenter und uneinsichtiger Vorstoß, der wiederum den Streitfall zu einer reinen Kostenfrage machte, scheiterte endgültig an dem Unwillen der meisten Hofer Bürger, hierzu ihre Stimme zu geben.¹¹²⁵ Der FP-Lokalredakteur Jan Fischer nannte die Stadträte, die im Verlauf der Diskussionen auf den gemeinsamen Beschluss eingeschwenkt waren, sei es aus gewonnener Einsicht, sei es auch nur um der Befriedung willen,¹¹²⁶ abwertend als „Umfaller“.¹¹²⁷ Er mochte anscheinend Lernprozesse im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit der Stadt nicht gelten lassen. Wortführer der städtischen Funktionseliten waren sich indes in der Überzeugung einig, dass nach der Erklärung und nach dem Beschluss in der Aufklärung über die nationalsozialistische Vergangenheit Hofes noch viel zu tun sei. Viele der 52 anonymen digitalen Wortmeldungen, die im November und Dezember 2013 die Erklärung und den Beschluss auf der FP-Online-Plattform kommentierten, boten abermals erschreckend viele Beispiele großer Unwissenheit, rechtsradikaler Gesinnung, unverhohlener Verweigerung, verstockter Unbelehrbarkeit und demonstrativ bekundeter Gleichgültigkeit. Ähnlich sah es auf dem Hofer Stadtportal „Hof in Bayern ganz oben“ aus. Dort gaben unmittelbar nach dem Beschluss 62 Einwohner unter ihrem

¹¹²³ Abgedruckt in der Frankenpost vom 29.11.2013, S. 7.

¹¹²⁴ Frankenpost vom 17.12.2013.

¹¹²⁵ 3200 Stimmen wären nötig gewesen, um einen Bürgerentscheid zu erreichen. Frankenpost vom 4.12.2013.

¹¹²⁶ Dazu Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner (CSU) in der letztentscheidenden Sitzung am 29. 11.2013: Es gehe nicht mehr darum, das Leben und Wirken des früheren Pfarrers und Stadtarchivars Dr. Ernst Dietlein zu bewerten. „Es geht darum, die Diskussion zu beenden und den Stadtfrieden – so weit als möglich – wieder herzustellen.“ Frankenpost vom 29.11.2013, S. 7.

¹¹²⁷ Ebenda.

Namen ihre Meinung kund.¹¹²⁸ Es war kein Meinungswandel eingetreten. Im Gegenteil: 50 äußerten sich mit abschätzigen Kommentaren („typisches Hofer gschiss“, „Möchtegernaufklärer“, „so ein Blödsinn“, „Schwachsinn“, „Absoluter schmarrn“, „sowas von lächerlich“ usw.) gegen den Beschluss. Nur zehn Kommentatoren stimmten zu. Wieder wurde das oben unter Punkt V. aufgezeigte Negativ-Spektrum sichtbar, wieder vehemente Schlussstrich-Parolen.

Das in den Entscheidungsprozessen von engagierten Befürwortern einer Umbenennung häufig beklagte Desinteresse der meisten Bürger und deren Unwille, sich überhaupt mit der nationalsozialistischen Vergangenheit ihrer Stadt und ehemals prominenter Persönlichkeiten zu befassen, führen zu der eingangs gestellten Frage zurück, ob und inwieweit das direktdemokratische Instrument des Bürgerentscheides, sei es „von unten“ über ein Bürgerbegehren, sei es „von oben“ über ein Ratsbegehren angewandt, dazu taugt, nationalsozialistische „Altlasten“ aufzuarbeiten und dafür in der Bevölkerung mehr Interesse und Bereitschaft zu gewinnen. Angesichts der Hofer Erfahrungen kommen große Zweifel auf. Die Befürworter eines Ratsbegehrens diskreditierten dieses Instrument direkter Bürgerbeteiligung selbst dadurch, dass sie es erst vorschlugen, als sie sich überfordert und unfähig gezeigt hatten, das politisch-historische Gewicht des Streitfalls zu erfassen, eigene Beschlüsse durchzuführen, selbstgesetzte Fristen einzuhalten und eine einvernehmliche Lösung zu finden. Der Stadtrat insgesamt und einzelne seiner Mitglieder mussten eingestehen, dass sie dem Streitfall nicht gewachsen waren. Der Oberbürgermeister gab zu, dass er sich zu spät mit dem „Fall Dietlein“ genauer befasst und erst am Ende nach eingehender Lektüre die politisch-historische und gegenwärtige Brisanz des Falles erkannt habe.¹¹²⁹ Der Hofer Stadtrat und einzelne seiner Mitglieder erwiesen sich selbst nicht als Vorbilder und Förderer in der Aufarbeitung der braunen Zeit Hofs. Dieses Bild erleichterte es vielen Gegnern einer „Vergangenheitsbewältigung“ sowie uninformatierten und desinteressierten „Normalbürgern“ (Frankenpost – Jan Fischer) mit Spott, Hohn, Häme und allerhand Pöbeleien die Bemühungen um eine politisch-historisch verantwortbare und in die Zukunft tragende Entscheidung lächerlich zu machen. Insofern bedeuteten das zögerliche Gezerre und die Winkelzüge des Stadtparlaments trotz der endlich vollzogenen Umbenennung einen Rückschlag für die nötige Aufarbeitung der NS-Geschichte Hofs. Der Streitfall ist ein Lehrstück dafür, wie man die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit nicht betreiben sollte.

Es ist Aufgabe der städtischen Funktionselemente in Kultur, Kunst, Wissenschaft, Kirche, Politik und Verwaltung, „Altlasten“ der NS-Vergangenheit auch gegen Widerstände und Unverständnis in der Bevölkerung aufzuarbeiten und die mahnende Erinnerung an die Gräueltaten der NS-Barbarei wachzuhalten. Diese schwere Aufgabe lässt sich nicht an uninformierte, desinteressierte und unverständige Bürger per Ratsbegehren oder Bürgerbegehren „delegieren“, ohne Gefahr zu laufen, der Ignoranz das letzte Wort zu überlassen. Das wäre im historisch anspruchsvollen Sinn verantwortungslos. Nach Aufgabe und Machart wird die Chronik der Stadt Hof heute als ein der geschichtswissenschaftlichen Methodik verpflichtetes Geschichtswerk betrachtet. Sie steht nicht mehr wie zu Zeiten Dietleins im ideologischen Dienst der (nationalsozialistischen) Volkserziehung und Volksbildung, sondern im Dienst des kulturellen Gedächtnisses der Stadt Hof.

¹¹²⁸ <https://www.facebook.com/stadt.hof...> (29.11.2013).

¹¹²⁹ BR: Straßen-Streit in Hof: Aus Dr. Dietlein wird Bonhoeffer ... <http://www.br.de/nachrichten/oberfranken/hof-umbenennung...> (1.12.2013).